



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- **Düppel 2014**
10. Dialog ADS-Grenzfriedensbund
- **Der Krieg 1864**
Bestseller von Tom Buk-Swienty
- **Die Bedeutung von Minderheiten in Europa**
Rahmenbedingungen für staatliches Handeln
- **Nationale Minderheiten und Grenzregionen**
ECMI Summer School 2013

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

- HERAUSGEBER:** ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig
- Redaktionsgeschäftsstelle:** Ingrid Schumann, Referentin für Grenzlandfragen
- Anschrift:** Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de
www.ads-grenzfriedensbund.de
- Geschäftszeit:** Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0
- Beitrag:** 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.
- Abonnement:** 15 € Inland, 17,50 € Ausland
- Bankverbindungen:** HypoVereinsbank (BLZ 200 300 00) Kto.-Nr. 80 009 407
Nord-Ostsee-Sparkasse (BLZ 217 500 00) Kto.-Nr. 82 988

INHALT	Seite
Vorwort	227
<i>Renate Schnack / Anke Spoorendonk</i>	
10. Dialog ADS-Grenzfriedensbund. Düppel 2014 – Begegnungen in der Grenzregion gestern, heute und morgen	229
<i>Jörn-Peter Leppien</i>	
„Der Preis ist Ströme Blutes wert“. Bemerkungen zu den Bestsellern von Tom Buk-Swienty über den Krieg 1864	237
<i>Tove H. Malloy</i>	
Die Bedeutung von Minderheiten in Europa. Rahmenbedingungen für staatliches Handeln.....	255
<i>Levke Bittlinger</i>	
Nationale Minderheiten und Grenzregionen. ECMI Summer School 2013 in Flensburg	267
Umschau	275
Buchhinweise	284
Mitarbeiter/innen dieses Heftes	291
Abbildungsnachweis	292

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 4 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

- Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee
- Dr. Matthias Scharfl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg
- Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg

Satzerstellung:

Mittelstaedt Media Design, Libellenring 16 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98

E-Mail: mittelstaedt-design@web.de · www.mittelstaedt-media-design.de

Druck:

Druckhaus Leupelt, Heideland-Ost 24, Weding · 24976 Handewitt

ISSN 1867-1853

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

in der nun 60 Jahre währenden Geschichte der Grenzfriedenshefte hat es mehrfach Veränderungen gegeben. Diese Änderungen zielten vornehmlich darauf, unsere „Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog“ moderner zu machen und ihr damit zugleich mehr Attraktivität und Lebendigkeit zu verleihen. Mit der vorliegenden vierten Ausgabe des Jahrganges 2013 halten Sie jedoch zum letzten Mal die Hefte in der bisher üblichen vierteljährlichen Erscheinungsweise in den Händen.

Im Einvernehmen mit dem Vorstand des ADS-Grenzfriedensbundes hat sich die Redaktion dazu entschlossen, die Zeitschrift zukünftig in Form eines Jahresbandes herauszugeben. Die mit der redaktionellen Tätigkeit verbundene und ständig zunehmende Arbeit an einer Vierteljahresschrift ist von unserem mit großer Sorgfalt wirkenden ehrenamtlichen Team nicht mehr zu leisten. Hier sind wir in den letzten Jahren an die eigenen Grenzen gestoßen.

Zugleich will die Redaktion weiterhin Qualität liefern. Das inhaltliche Profil der Grenzfriedenshefte soll erhalten bleiben, und auch künftig wollen wir für Sie informative und kontroverse Themen aufbereiten. Von jeher war dabei die Publikation wissenschaftlich fundierter Beiträge ein Markenzeichen der Grenzfriedenshefte. In mancher Hinsicht hat die Redaktion hier Pionierdienste geleistet. Unser Ziel ist und bleibt es, das demokratische Bewusstsein in unserem Land zu fördern und das auf Vertrauen beruhende deutsch-dänische Klima zu stärken. An der Aufmachung, dem Layout und auch am Gesamtumfang soll sich allerdings nichts ändern. Die Jahresbände enthalten weiterhin die für sie von der Redaktion eingeworbenen und gründlich aufbereiteten Hauptteilbeiträge. Darüber hinaus sollen einige Hauptteilbeiträge, wenn sie denn besonders aktuell oder besonders wichtig erscheinen, in unregelmäßigen Abständen vorab auf der Homepage des ADS-Grenzfriedensbundes eingestellt werden. Auch die Ihnen vertraute Umschau, in der die Redaktion bisher alle drei Monate neueste Nachrichten und Hintergrundinformationen aus dem Grenzland zusammenstellt, soll online abrufbar sein. Auf die gewohnten Buchhinweise auf Neuerscheinungen zum Grenzland und zu den deutsch-dänischen Beziehungen soll ebenso nicht verzichtet werden.

Das Internet ermöglicht uns vielfältige Chancen. Wir erwarten davon, dass unsere Themen Sie damit noch schneller erreichen und Sie noch aktueller informiert werden. Zunächst aber hoffen wir, dass Sie, liebe Leserinnen und Leser, diese einschneidende Veränderung mittragen.



Das denkmalgeschützte Gebäude der Geschäftsstelle des ADS-Grenzfriedensbundes in Flensburg, Marienkirchhof 6

Daher sind wir für Ihre Reaktion dankbar. Bitte denken Sie auch weiterhin daran, uns Ihre Wünsche und Vorstellungen hinsichtlich aufzugreifender Themen mitzuteilen. Ebenso gerne greifen wir Ihre Hinweise auf Publikationen und Medienberichte, die Bezüge zu unseren Themenfeldern haben, auf. Unsere Grenzfriedenshefte, gleichgültig ob als Vierteljahresschrift oder künftig als Jahresband, leben nicht zuletzt vom Dialog zwischen Ihnen als unseren Leserinnen und Lesern und uns als Redaktion.

Die Redaktion

10. Dialog ADS-Grenzfriedensbund

Düppel 2014 – Begegnungen in der Grenzregion
gestern, heute und morgen

von RENATE SCHNACK, ANKE SPOORENDONK

Zum 10. Dialog ADS-Grenzfriedensbund am 31. Oktober 2013 konnte der Vereinsvorsitzende Lothar Hay zahlreiche deutsche wie dänische Gäste begrüßen. Die Minderheitenbeauftragte des Ministerpräsidenten, Renate Schnack, erinnerte in ihrer Eigenschaft als Vorstandsmitglied des ADS-Grenzfriedensbundes an die Geschichte der Dialogveranstaltungen und hob deren Beitrag zur deutsch-dänischen Verständigung im Grenzland hervor. Als symbolträchtige Premiere finde der 10. Dialog ADS-Grenzfriedensbund im dänischen Kulturzentrum Flensborghus statt. – Hauptrednerin des Abends war die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Anke Spoorendonk. Unter dem Titel „Düppel 2014 – Begegnungen in der Grenzregion gestern, heute und morgen“ bot die Ministerin einen Ausblick auf die anlässlich des 150. Jahrestages der Schlacht um Düppel geplanten Aktivitäten und die entsprechenden europäischen, dänischen und deutschen Förderprogramme. Dabei gehe es nicht bloß darum, sich des Vergangenen zu erinnern, sondern die grenzüberschreitenden Kooperationen zu pflegen und fortzuentwickeln. – Die von Renate Schnack moderierte lebhaft und anregende Diskussion zeigte, wie schwierig es ist, die Frage zu beantworten, welche Relevanz eine Rückbesinnung auf den Krieg von 1864 für die Gestaltung des Heute und Morgen hat. Einig waren sich alle Anwesenden, dass das Düppel-Gedenken nicht zum Spektakel verkommen dürfe. – Wir geben die Reden von Renate Schnack und Anke Spoorendonk in einer für den Druck leicht überarbeiteten Fassung wieder.

Die Redaktion

10. Dialog ADS-Grenzfriedensbund

von Renate Schnack

In diesem Jahr findet unsere Dialog-Veranstaltung zum 10. Mal statt. Ein kleines Jubiläum, über das wir uns freuen.

Wer von Ihnen einige unserer Veranstaltungen besucht hat, weiß, dass wir sowohl thematisch als auch räumlich immer wieder neue Angebote gemacht

haben, um mit dem Dialog im Grenzland zu mehr Verständnis und Offenheit und damit zu Verständigung beizutragen.

Lothar Hay, Rolf Fischer und Ulf von Hielmcrone waren die Männer der ersten Stunde, die im Jahr 2001 schlug. Sie luden zu den ersten Dialog-Veranstaltungen des Grenzfriedensbundes ein und modernisierten und aktualisierten damit die Grenzlandarbeit. Sie sprachen sowohl ein dänisches als auch ein deutsches Publikum an.

Wir haben im Laufe der Jahre ein breit gefächertes Themenspektrum aufgegriffen und engagiert mit Ihnen diskutiert. Die Ergebnisse wurden in den Grenzfriedensheften dokumentiert: Einblicke in friesische Verhältnisse, Sprache und Kultur, die Belange der deutschen Sinti und Roma waren ebenso darunter wie die Neuordnung der kommunalen Strukturen in Dänemark, die Konsequenzen aus einem sich verändernden Arbeitsmarkt beiderseits der Grenze, das kirchliche Leben im Grenzland, der Umgang mit dem gemeinsamen Kulturerbe, die Rolle der Grenzverbände im Umbruch und gesellschaftlichen Wandel und somit insgesamt die Herausforderungen und Entscheidungen, vor denen das Grenzland ständig steht.



Abb. 1 Erster Dialog Grenzfriedensbund am 21.11.2001 zum Thema „Der Grenzfriedensbund und die Perspektiven der Minderheitenpolitik“. Das Podium: (v.l.) Ingwer Nommensen, Vorsitzender des Friesenrats, Renate Schnack, Minderheitenbeauftragte der Ministerpräsidentin Heide Simonis, Rolf Fischer, Vorstandsmitglied des Grenzfriedensbundes, Matthäus Weiss, Landesvorsitzender des Verbandes Deutscher Sinti und Roma, Lars Harms, Landtagsabgeordneter des SSW

Heute, zur 10. Dialogveranstaltung, betreten wir als deutscher Grenzverband, nunmehr verschmolzen zum ADS-Grenzfriedensbund e.V., minderheitenpolitisches Neuland, und ich kann Ihnen versichern, dass es für alle Beteiligten eine spannende Entscheidung war: Wir haben eingeladen in die Räumlichkeiten des dänischen Kulturzentrums in Flensburg, in das Flensborghus von Sydslesvigsk Forening, über dessen Schwelle viele von Ihnen ganz sicher das erste Mal getreten sind. Und wir alle wissen, dass ein Abend wie heute noch vor 10 oder 15 Jahren undenkbar gewesen und auf heftige Kritik gestoßen wäre.

Und wir haben zu dieser Jubiläumsveranstaltung Ministerin Anke Spoorendonk gebeten, einen Vortrag zu halten. Zu der anschließenden gemeinsamen Diskussion können Sie selbstverständlich auch auf dänisch beitragen und bekommen entweder deutsche oder dänische Antworten.

Wenn Sie heute Abend bedenken, vor welchem Hintergrund und mit welcher Zielrichtung sowohl die vier deutschen Grenzverbände als auch der dänische Grenzverein gegründet worden sind, wenn Sie zurückverfolgen, welche Entwicklung aufeinander zu die beiden sozial ausgerichteten Grenzverbände gemacht haben, die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS) und der Grenzfriedensbund, wenn Sie berücksichtigen, dass sich der Grenzfriedensbund in Abgrenzung zu den anderen Verbänden gegründet hatte, dann wird besonders deutlich, wie ambitioniert und konsequent wir als fusionierter ADS-Grenzfriedensbund dem Wandel in der Grenzlandarbeit ein modernes Gesicht und eine spürbar zeitgemäße Haltung gegeben haben.

Wir alle sind sowohl Akteure als auch Zeitzeugen dieser Entwicklung und wissen, dass an diesem Teil des Grenzfriedens Persönlichkeiten wie Hans Dethleffsen, Artur Thomsen und Lothar Hay, Heinrich Schultz und Hans Heinrich Hansen entschieden und entscheidend mitgewirkt haben. Sie haben verantwortungsvoll Voraussetzungen geschaffen, ein friedliches Zusammenleben für Minderheit und Mehrheitsbevölkerung zu entfalten.

Ziel ist nicht, dass wir alles zusammenbringen oder gar vermischen, was es an Kreativität, Kultur und Wirtschaftskraft im Grenzland gibt, sondern Ziel ist es, versöhnt miteinander zu sein, trotzdem verschieden zu sein und auch miteinander versöhnt verschieden zu bleiben. Mit unserer Dialog-Reihe leisten wir dazu einen Beitrag.

Darum kann ein Rat an die Landesregierung und die Landtagsabgeordneten auch im Jahr 2013 nur lauten, die wichtige gesellschaftliche Aufgabe der Grenzverbände weiterhin zu beachten, zu würdigen und zu stützen. Als zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen brauchen sie eine verlässliche finanzielle Ausstattung auch durch die öffentliche Hand, damit sie ihrer Aufgabe als Partner und Mitgestalter im deutsch-dänischen Grenzlandleben gerecht werden können. Um des Friedens willen, der uns heute und morgen erhalten bleiben möge.

Düppel 2014 – Begegnungen in der Grenzregion gestern, heute und morgen

von Anke Spoorendonk

Einleitung

Herzlichen Dank für die Einladung zum 10. Dialog des ADS-Grenzfriedensbundes. Ich freue mich sehr, mit Ihnen und Euch heute Abend und gerade an diesem Ort hier im Flensborghus ins Gespräch zu kommen. Ich weiß, dass Renate Schnack mit viel Geschick und Sachverstand diesen Dialog begleiten wird. Und das nicht allein als Vorstandsmitglied des ADS-Grenzfriedensbundes und wegen ihres Amtes als Minderheitenbeauftragte des Ministerpräsidenten. Nein, Renate Schnack war vor 15 Jahren die deutsche Gründungsvorsitzende der Region Schleswig-Sønderjylland und kennt so ziemlich alle Einzelheiten, die unsere Region und ihre Geschichte betreffen, aus dem Effeff. Seinerzeit wurde das deutsch-dänische Grenzland zur 20. europäischen Grenzregion, die eine formalisierte Zusammenarbeit in Europa einging. Dass ich damals andere Vorstellungen von der deutsch-dänischen Zusammenarbeit hatte und den europäischen Überbau nicht wollte, gebe ich gern zu. Ich habe seitdem aber gelernt, dass wir ohne diesen formalisierten Rahmen – als Teil eines europäischen Kontextes – heute nicht so weit wären, wie dies der Fall ist.

Der lange Weg – vom Trauma „Düppel“ zum guten Miteinander

Ich bin gebeten worden, über Düppel 2014 zu sprechen – über „Begegnungen in der Grenzregion gestern, heute und morgen“. Dabei ist mir bewusst, dass ich selbst in mehreren Welten groß geworden bin: als Angehörige der dänischen Minderheit in einer Zeit, in der Deutsche und Dänen getrennt voneinander, bestenfalls nebeneinander, aber nie miteinander lebten. Auch kenne ich unsere Region noch aus einer Zeit, in der man nicht eben mal schnell bei Kruså oder anderswo die Grenze nach Dänemark passieren konnte. – Und über Düppel und die nachfolgenden zumindest 125 Jahre deutsch-dänischer Begegnung hier in unserer Region unbefangen und sachlich zu reden und zu reflektieren, wie wir es hier und heute tun, wäre vor zwei, drei Jahrzehnten noch gar nicht vorstellbar gewesen. Ebenso wenig wie eine Veranstaltung des ADS-Grenzfriedensbundes in diesem Haus der dänischen Minderheit.

Düppel ist letztlich ein Symbol in Dänemarks Geschichte, das eine ganz andere Gewichtigkeit besitzt, als es allgemein in Deutschland und von den Deutschen wahrgenommen wird. Damit nur kurz zum Gestern: Die 150. Wiederkehr der



Abb. 2 Während der Diskussion beim 10. Dialog ADS-Grenzfriedensbund: Ministerin Anke Spoorendonk (l.) und Vorstandsmitglied Renate Schnack als Moderatorin

Schlacht auf den Düppeler Schanzen im nächsten Jahr erinnert an ein Ereignis, das weitreichende historische Dimensionen aufweist, regionalgeschichtlich, aber auch national- und sicher auch europageschichtlich: Dänemark verlor mehr als ein Drittel seines Staatsgebietes und Bismarck kam dem Ziel der Reichsgründung einen wesentlichen Schritt näher. Hinzu traten die traumatischen Erfahrungen des Krieges, die sowohl in der dänischen Geschichtsschreibung als auch in der Literatur immer wieder thematisiert wurden. – Keiner hat die Stimmung nach dem Rückzug der dänischen Truppen vom Danewerk so erdrückend geschildert wie der dänische Schriftsteller Hermann Bang in seiner Novelle „Tine“. Das Jubiläum will aber nicht an das Trennende erinnern; das Jubiläum will das Verbindende in den Fokus rücken, will Beispiele eines guten Miteinanders aufzeigen und Visionen für neue Aktions- und Wachstumsfelder skizzieren. Es ist bemerkenswert, wie viel nicht zuletzt nördlich der Grenze schon zu 1864 veröffentlicht worden ist. Der Historiker und Journalist Tom Buk-Swienty ist dabei mit seinen Bestsellern ein herausragendes Beispiel für die These, dass jede Generation eigene Fragen an die Geschichte stellt – und eigene Antworten sucht.

Europäischer Mehrwert für die Grenzregionen

Düppel 2014 ist heute aufgehoben im Kontext der europäischen Zusammenarbeit, besonders in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG. Dieser europäische Mehrwert ist in den Regionen beiderseits der deutsch-dänischen Grenzen – ich spreche hier bewusst im Plural – unmittelbar spürbar, in dem er per se das Gemeinsame in den Vordergrund stellt. Nur auf dieser Basis sind überhaupt Kooperationen herzustellen. Wir nutzen also das europäische Instrument der INTERREG-Förderung, um genau dieses zu erreichen. Ich habe diese Entwicklung in den letzten Jahrzehnten intensiv begleitet, und ich freue mich nun darüber, dass ich sie in meiner Funktion als Europa- und Kulturministerin des Landes Schleswig-Holstein mitgestalten kann.

Die neue, kommende Förderperiode wird, wie Sie wissen, zwei Förderkorridore vereinen: Auf der einen Seite die historisch gewachsene Kooperation im nördlichen Grenzgebiet entlang einer Landgrenze, mit den deutschen und dänischen Minderheiten als zentrale Akteure der Zusammenarbeit und einem bereits bestehenden, durch Grenzpendeln geprägten gemeinsamen Wirtschaftsraum. Auf der anderen Seite die Fehmarn-Belt-Region. Mit Blick auf die Zukunft steht diese ganz im Zeichen des Baus der festen Fehmarnbelt-Querung. Wenn im Jahr 2021 der längste Unterwassertunnel der Welt eingeweiht wird, werden sich völlig neue Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark eröffnen.

Mir ist es wichtig, hier eine klare Position zu beziehen: Der Ausbau der Zusammenarbeit ist für beide Grenzregionen die entscheidende strategische Perspektive, um Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Beide deutsch-dänischen Regionen haben in den letzten Jahren durch Projekte und Initiativen ihre jeweils eigene Identität weiterentwickelt, auf deren Grundlage sie sich erfolgreich positioniert haben. Ich kann Ihnen versichern, dass die schleswig-holsteinische Landesregierung dem Erhalt der jeweils eigenen regionalen Identität als Grundlage der Regionalentwicklung einen hohen Stellenwert beimisst. Ich begrüße es daher sehr, dass auch das neue INTERREG-Programm die Förderung regional eigenständiger Projekte ermöglichen wird.

Kultur als verbindendes Element

In diesem Zusammenhang ist ein wichtiger Aspekt für mich auch die regionale kulturelle Identität. Kultureller Austausch und kulturelle Zusammenarbeit verbinden Regionen und Völker. Kultur ist damit der Brückenbauer über alle Grenzen hinweg. Kulturprojekte tragen dazu bei, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort sichtbar zu machen.



Abb. 3 Carsten Leth Schmidt, Vorsitzender der Schleswigschen Partei (SP), bei einem Diskussionsbeitrag

Unsere Strategie kann nur darin liegen, dass wir die in unserer Nachbarschaft vorhandenen Möglichkeiten der Zusammenarbeit intensiv nutzen und ausbauen. Zumal, wenn die Voraussetzungen so gut sind wie für die verstärkte Zusammenarbeit der beiden deutsch-dänischen Grenzregionen: Es gibt ein breites Feld gemeinsamer strategischer Ziele und gemeinsamer Themen, bei denen durch eine Kooperation mehr Dynamik und mehr kritische Masse erzielt werden können.

Gemeinsam voran: Syddanmark und Schleswig-Holstein

In dem gemeinsamen Förderprogramm, das die Region Syddanmark und die Landesregierung Schleswig-Holstein verantworten, zielen wir auf verbindende kulturelle Aktivitäten ab. Ich bin mir mit Carl Holst darin einig, dass uns der 150. Jahrestag der Schlacht um Düppel die Chance eröffnet, die einzigartige Kultur und Geschichte unserer gemeinsamen Region zu zeigen.

Im Projekt Düppel 2014 fördern die Region Syddanmark und das Land Schleswig-Holstein zehn neue grenzüberschreitende Kulturereignisse und Veranstaltungen. Darunter ein Radrennen entlang und kreuz und quer über die deutsch-dänische Grenze: Das ist eine breit angelegte, volkstümliche Veranstaltung, die eine Menge

deutscher und dänischer Radler anziehen wird und vom Sportverband Sønderjylland in Zusammenarbeit mit deutschen und dänischen Vereinen durchgeführt wird. Aber genauso gespannt bin ich auf ein kleineres kulturelles Highlight, ein Seminar mit dänischen und deutschen Lesekreisen: Dänische und deutsche Lesekreise lesen ausgewählte Texte von Theodor Fontane, Herman Bang und Tom Buk-Swienty und diskutieren auf einer gemeinsamen Begegnung die Texte mit einer Gruppe von Historikern und Literaten. Und nicht minder vielversprechend hört sich an, was die Theater-Factory aus Schleswig-Holstein umsetzen will – das „Tagebuch einer Katastrophe“: Mit Blick auf zentrale Figuren von 1864 werden aktuelle Fragen gestellt und die Gefühle abgeklopft, die der Krieg in den Menschen hervorruft.

Ebenso wichtig ist das vom Landesarchiv Schleswig-Holstein und dem Landsarkivet for Sønderjylland geplante Seminar: Dänische und deutsche Historiker geben dem Publikum hierbei einen Einblick in die zivilen Aspekte des Krieges von 1864. Gleichzeitig soll deutlich werden, wie die Geschichte die Gegenwart geprägt hat. Insgesamt sind es zehn Projekte, die wir fördern werden und die die neue Qualität des friedlichen Zusammenlebens herausstellen und profilieren.

Zukunftsgewandtes Denken

Unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit freue ich mich insbesondere darüber, dass es auch Jugendbegegnungen geben wird: Rund 100 Jugendliche aus Syddanmark und Schleswig-Holstein werden im Sommer 2014 in der Højskolen Østersøen und der Nordsee-Akademie in Leck gemeinsam ihre Zukunftsvisionen für die deutsch-dänische Region entwickeln. Als Abschluss sollen diese Visionen in einem deutsch-dänischen Jugendparlament im Schleswig-Holsteinischen Landtag diskutiert und verabschiedet werden.

Die deutsch-dänische Zusammenarbeit ist das, was wir alle daraus machen. Düppel 2014 erinnert daran, was gestern war, wir leben das Heute. Und das ist aus meiner Sicht ein vorbildliches Miteinander, das zusätzlich gestärkt wird durch europäische Förderprogramme. Diese europäische Dimension, die damit eingelöst wird, ist Wegweiser für Wachstum und Innovation morgen und übermorgen, bei gleichzeitigem Erhalt gewachsener regionaler Identitäten. Dies zu erreichen, sollte unser aller Ziel sein.

„Der Preis ist Ströme Blutes wert“

Bemerkungen zu den Bestsellern von Tom Buk-Swienty über den Krieg 1864

von JÖRN-PETER LEPPHEN

Mit dem Blick auch auf den bevorstehenden 150. Jahrestag der Schlacht um Düppel (18. April 1864) setzt sich unser Redaktionsmitglied Dr. Jörn-Peter Lepphen unter historischen und geschichtsdidaktischen Gesichtspunkten mit dem Werk des dänischen Journalisten und Historikers Tom Buk-Swienty über den Krieg von 1864 auseinander. Im Mittelpunkt stehen dabei die 2011 erschienene deutsche Ausgabe des Bestsellers „Slagtebænk Dybbøl“ („Schlachtbank Düppel“) sowie der Bildband „1864 i billeder“, den Tom Buk-Swienty 2012 vorlegte.

Die Redaktion

Einleitung

2008 veröffentlichte der aus Sonderburg stammende dänische Journalist und Historiker Tom Buk-Swienty sein Buch „Slagtebænk Dybbøl“ über die Schlacht von Düppel (18. April 1864).¹ Das im renommierten Kopenhagener Verlag Gyldendal erschienene Buch entwickelte sich sogleich zum Bestseller. 2009 erhielt der Autor den Årets Faglitterære Pris für das beste Sachbuch des Jahres.

Wesentlicher Grund für den Erfolg des Buches ist es zweifellos, dass der Autor nicht „Geschichte von oben“ betreibt, sondern das Schicksal der einzelnen Soldaten und ihrer Familien anhand von Briefen, Tagebuchaufzeichnungen, Korrespondentenberichten und Erinnerungen gleichsam hautnah schildert. Zwar ist eine biographisch orientierte Geschichtsvermittlung nicht ganz neu, Buk-Swienty gelingt es aber durch eine meist geschickte Quellenauswahl, seine journalistisch lockere Sprache und auch seine Parteinahme für die Opfer des Krieges die Mit-Leidenschaft seiner Leserinnen und Leser in besonderem Maße zu wecken. Mit dem drastischen Begriff „Slagtebænk“ („Schlachtbank“) im Titel seines Buches macht sich der Autor übrigens eine von dänischen Teilnehmern an der Schlacht um Düppel gebrauchte Bezeichnung zu eigen.

Auf den Bestseller von 2008 folgte 2010 der Band „Dommedag Als“ („Jüngstes Gericht Alsen“)², in dem Tom Buk-Swienty nach gleichem Muster ins öffentliche Bewusstsein hebt, dass das Blutvergießen mit dem „Sieg“ der Preußen bei Düppel keineswegs ein Ende fand, sondern im Kampf um die jenseits des Sunds bei

Sonderburg/Düppel gelegene Insel Alsen verlustreich fortgesetzt wurde. Auch dieses Buch wurde zum Verkaufsschlager. 2010 erhielt Tom Buk-Swienty für seine beiden dokumentarischen Erzählungen den Søren-Gyldendal-Preis.

Dass das große Interesse am letzten großen Krieg Dänemarks auch darauf zurückzuführen ist, dass unser Nachbarland, wenngleich unter ganz anderen Bedingungen als 1864, in den Kreis der kriegführenden Nationen zurückgekehrt ist, lässt sich vermuten.³ Sicher ist, dass der 2014 bevorstehende 150. Jahrestag der Schlacht um Düppel dem Werk Tom Buk-Swientys zusätzliche Aufmerksamkeit verliehen hat. So fußt eine achttelige Fernsehserie über „1864“ des dänischen Drehbuchautors und Regisseurs Ole Bornedal auf den Büchern von Tom Buk-Swienty. Die „teuerste dänische Fernsehproduktion aller Zeiten“⁴ soll 2014/15 ausgestrahlt werden. Anhand der Veröffentlichung einer vorläufigen Zusammenfassung des Filmmanuskripts hat sich in Dänemark bereits jetzt eine Diskussion darüber entwickelt, ob es gerechtfertigt sei, dem dänischen Staatsminister von 1864, D.G. Monrad, eine Art „Schurkenrolle“ zuzuteilen, und ob es historisch-wissenschaftlich wie geschichtspolitisch tragfähig sei, die politische Entscheidung für eine Teilnahme Dänemarks an den Kriegen im Irak und in Afghanistan in die Nähe der dänischen Außenpolitik von 1864 zu rücken.⁵

Auch sonst ist das Expertentum Buk-Swientys in Dänemark sehr gefragt. So verfasste er die (empfehlende) Einleitung zu einem 2013 erschienenen „guide i krigens fodspor“ („Führer auf den Fußspuren des Krieges“) von Erik Ingemann Sørensen.⁶ Und das Interesse, auch der Medien, an den Auftritten des Bestsellerautors als Referent ist seit 2008 ungebrochen.

Unter den zahlreichen grenzüberschreitenden Projekten, die im Hinblick auf den 150. Jahrestag der Schlacht um Düppel mit erheblichen öffentlichen Mitteln gefördert werden, sind auch einige kulturelle Aktivitäten mit Bezug zum Krieg von 1864. So sollen sich Literaturfreunde zu deutschen und dänischen Lesegruppen zusammenfinden, um im Winter 2013/14 nicht nur aus den klassischen Werken von Herman Bang („Tine“) und von Theodor Fontane („Der Schleswig-Holsteinische Krieg“), sondern auch aus Tom Buk-Swientys dokumentarischer Erzählung „Schlachtbank Düppel“ zu lesen. An der abschließenden gemeinsamen Diskussion über die Frage nach dem Gegenwartsbezug des Krieges von 1864 wird neben dem Professor für dänische Sprache und Literatur an der Universität Flensburg, Ivy Yorck Møller-Christensen, auch der Autor Tom Buk-Swienty teilnehmen.⁷

Seine 2008 und 2010 erschienenen dänischsprachigen Bücher sind in den Grenzfriedensheften durch den dänischen Historiker Lars Holmgaard Bak fachkundig und überwiegend positiv besprochen worden.⁸ Anknüpfend an diese Rezensionen sollen im Folgenden einige Aspekte der Bestseller unter historischen wie geschichtsdidaktischen Gesichtspunkten genauer beleuchtet werden. Im

Mittelpunkt steht dabei die 2011 erschienene deutsche Ausgabe des Buches „Schlachtbank Düppel“.⁹ Außerdem soll auf den 2012 herausgekommenen Bildband „1864 i billeder“¹⁰ eingegangen werden, der den Leserinnen und Lesern der Grenzfriedenshefte noch nicht vorgestellt wurde.

„Slagtebænk Dybbøl“ – auf deutsch

Angesichts der Tatsache, dass in Deutschland, selbst in Schleswig-Holstein, die dänischen Sprachkenntnisse zu wünschen übrig lassen, ist es sehr zu begrüßen, dass das Hauptwerk von Tom Buk-Swienty seit 2011 auch als deutschsprachige Ausgabe vorliegt: „Schlachtbank Düppel 18. April 1864“.¹¹

Mit Ulrich Sonneberg konnte ein professioneller Übersetzer gewonnen werden, dem es großenteils überzeugend gelingt, die journalistisch lockere Sprache des dänischen Verfassers ins Deutsche zu übertragen. Auf den Umgang von Autor und Übersetzer mit deutschsprachigen Quellenzitaten wird noch zurückzukommen sein.

Nicht nur dänische, sondern auch deutsche Leserinnen und Leser werden das Buch von Tom Buk-Swienty mit Gewinn zur Hand nehmen. Es ist nämlich das besondere Anliegen des Autors, „den Konflikt von beiden Seiten der Front zu zeigen. Bisher war beinahe die gesamte dänische Literatur über den Krieg geprägt von Nationalismus und einem Wir-gegen-die-Denken. Buch um Buch wurde über die Gefühle und Erlebnisse des dänischen Soldaten geschrieben; in diesen Texten wurden die preußischen Soldaten zu einer Art Comic-Figuren, die einfach nur in Massen gegen die Dänen stürmten. Die Wirklichkeit sah selbstverständlich anders aus. Die preußischen Soldaten waren Männer aus Fleisch und Blut, viele von ihnen erst halb erwachsene Jungen, die Angst hatten, ihr Leben zu verlieren. Auch sie litten unter den Strapazen des Krieges. Für die preußischen Soldaten in der vordersten Frontlinie des Angriffs war die Schlacht am 18. April ein ebenso nervenzerreißendes, erschütterndes und makabres Erlebnis wie für die Dänen“ (S. 351). Der Autor hat sich deshalb bemüht, auch deutsche Quellen in seine Schilderung einzubeziehen.

Sein Werk verkörpert sozusagen in Reinkultur die Überzeugung, dass die Schlacht am 18. April 1864 zwischen Preußen und Dänen Teil der gemeinsamen dänisch-deutschen Geschichte ist. Eine solche Sicht ist bei der Erforschung und Vermittlung der Geschichte der beiden Nachbarländer unter Fachhistorikern heute verbreitet, in den Grenzfriedensheften ist sie seit Jahrzehnten gängige Praxis. Das Besondere an dem Werk von Tom Buk-Swienty ist es, dass er einem breiten Publikum die konkreten Folgen des Krieges für die dänischen wie die preußischen Soldaten und ihre Familien umfassender und eindrücklicher vor Augen führt als irgendein dänischer oder deutscher Verfasser vor ihm. In

verdichteter Form vermittelt er sein grenzüberschreitendes Anliegen durch eine Bildseite mit den Fotos von vier jungen Männern – einem dänischen und einem deutschen Brüderpaar –, die alle auf der „Schlachtbank“ Düppel um ihr Leben kamen (S. 311).

Obwohl sich das Werk also auch an ein deutsches Publikum wendet, gibt es keine Anzeichen dafür, dass sich die deutsche Ausgabe wie die dänische Urfassung zu einem Verkaufsschlager entwickelt. Das liegt nicht nur an der intensiven Werbung des Gyldendal Verlags, sondern vor allem daran, dass Düppel als Symbol für den Krieg von 1864 aus vielfach erörterten historischen Gründen¹² in Dänemark weitaus größere Beachtung findet als in Deutschland. Dabei kann kein Zweifel darüber bestehen, dass 1864 für die deutsche Geschichte als erster Schritt auf dem Weg zum Deutschen Reich, für die Geschichte der lange belasteten deutsch-dänischen Beziehungen und erst recht für unsere Regionalgeschichte bis heute von erheblicher Bedeutung ist. Es ist daher aller Anerkennung wert, dass der Berliner Osburg Verlag das geschäftliche Risiko auf sich genommen hat, die „Schlachtbank Düppel“ deutschen Lesern zugänglich zu machen.

„Der Preis ist Ströme Blutes wert“

Im Anhang zu seinem Düppel-Buch legt der Verfasser offen, dass er Zitate zum besseren Verständnis dem heutigen Sprachgebrauch angepasst und auf Anmerkungen, d.h. Quellenbelege, bewusst verzichtet habe: „Ich wollte nicht, dass die Leser von kleinen Zahlen im Text gestört werden“ (S. 352). Man könnte sagen, der Erfolg seines Buches gibt ihm Recht, wenn es nicht auch wissenschaftliche Werke gäbe, die zum Publikumsmagneten wurden, wie jüngst das 640 Seiten starke Buch von Henrik Skov Kristensen über das „Straflager“ Fårhus.¹³ Gleichwohl wäre es sicher nicht angemessen, das Buch von Tom Buk-Swienty, das sich als ein „Stück Kulturliteratur“, als „dokumentarische Erzählung“ versteht (S. 351), an den strengen Maßstäben einer wissenschaftlichen Arbeit zu messen. Aus dem freizügigen Umgang mit den historischen Quellen ergeben sich aber Probleme, auf die auch Lars Holmgaard Bak in seiner Rezension hinweist.¹⁴ Probleme, die besonders dann offenbar werden, wenn beim Leser Zweifel darüber aufkommen, ob der Autor eine Quelle zutreffend auslegt. Als Beispiel nennt der Rezensent der Grenzfriedenshefte eine Textstelle, „wo es um den preußischen Oberbefehlshaber Prinz Friedrich Karl geht, der sich entschlossen habe zu liefern, was die Obrigkeit in Berlin verlangt habe: ‚Ströme von Blut sollen sie bekommen‘.“ Es geht also um die wichtige Frage, welche Ziele die politische und militärische Führung in Berlin mit dem Sturm auf die Düppeler Schanzen verband. Es lohnt sich daher, dieser Frage unter quellenkritischen Gesichtspunkten näher nachzugehen.

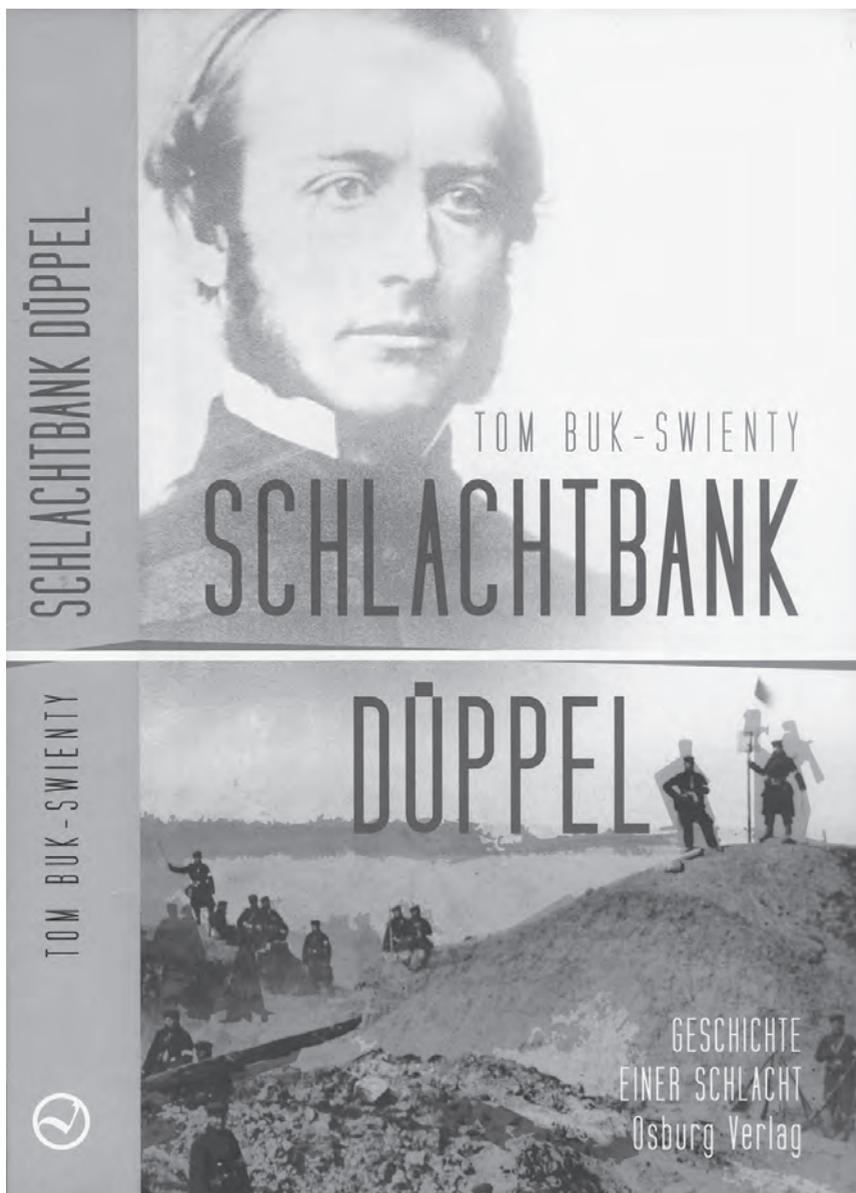


Abb. 1 Umschlag der 2011 erschienenen deutschen Ausgabe des Bestsellers von Tom Buk-Swienty über die Schlacht von Düppel (18. April 1864)

Die von dem Rezensenten als Beispiel genannte Textstelle findet sich bei Buk-Swienty als eine Art Fazit am Ende eines Kapitels mit der Überschrift „Ströme von Blut“ (S. 217). Dahinter steht offensichtlich ein Brief, den der Chef des Militärkabinetts in Berlin, General Edwin von Manteuffel, am 10. März 1864, also sechs Wochen vor dem Angriff, an den preußischen Oberbefehlshaber Prinz Friedrich Karl schrieb, um ihn dazu zu bewegen, seine zögerliche Haltung aufzugeben. Die entscheidende Passage des Briefes lautet:

„Euer Königliche Hoheit müssen das Düppel bald nehmen. Es handelt sich um den Ruhm der preußischen Armee, um die Stellung des Königs im europäischen Rat. Der Preis ist Ströme Blutes wert, und um ihn wird es mit Freuden vergossen werden vom höchsten Offizier bis zum Tambour herab.“¹⁵

In freier Übersetzung, undatiert und, wie gesagt, ohne Quellennachweis gibt Tom Buk-Swienty das Zitat folgendermaßen wieder:

„Deres Kongelige Højhed må snart tage Dybbøl ... Udsætter De angrebet stadig længere, så opstår der tvivl i sindene om Deres beslutsomhed ... Det drejer sig om den prøjsiske hærs ry og om kongens stilling i Europa. Skulle det koste strømme af blod, er det prisen værd, og det må med glæde udgydes af alle fra den højeste officer til hornblæseren.“¹⁶

In der deutschen Ausgabe des Buches „Schlachtbank Düppel“ lautet diese Passage:

„Eure Königliche Hoheit muss Düppel bald einnehmen ... Setzen Sie den Angriff noch länger aus, entstehen Zweifel an Ihrer Entschlossenheit ... Es geht um den Ruf des preußischen Heeres und die Position des Königs in Europa. Sollte es Ströme von Blut kosten, ist es den Preis wert, und es muss vom höchsten Offizier bis zum Hornbläser mit Freude vergossen werden“ (S. 213).

Vergleicht man diese drei Versionen miteinander, so fällt zunächst auf, dass die deutsche Ausgabe des Buches, anders als von Tom Buk-Swienty versichert (S. 349), mindestens in diesem Fall nicht das originale deutsche Zitat bietet, sondern eine Rückübersetzung aus dem Dänischen – bis hin zur falschen Bezeichnung eines „Tambours“ (Trommelschläger) als „Hornbläser“. In den Übersetzungen dieses Satzes wird durch die Verwendung des Begriffs „må“ / „müssen“ auch der Eindruck erweckt, als verlange Manteuffel von den Soldaten „mit Freude“ ihr Blut zu vergießen. Um den Prinzen zum Handeln zu bewegen, unterstellt der Chef des Militärkabinetts jedoch, dass die Soldaten freiwillig bereit seien, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, wenn der „Preis“ es er-

forderlich mache. Dieses taktische Vorgehen Manteuffels bleibt den Lesern von Tom Buk-Swienty vorenthalten.

Dieser hat sich von seinem Hang zu drastischen Formulierungen offenbar forttragen lassen, wenn er die Absichten der politischen und militärischen Führung in Berlin so zusammenfasst: „Der Prinz, der wusste, dass auch sein Ansehen auf dem Spiel stand, warf nach langen Überlegungen alle Vorsicht über Bord: Sie sollten Ströme von Blut bekommen“ (S. 217). Hier wird dem uneingeweihten Leser der Eindruck vermittelt, dass blutrünstige Gesellen in Berlin für den Sturm auf die Düppeler Schanzen verantwortlich seien. Aus dem Manteuffel-Brief ergibt sich hingegen, dass es der preußischen Führung um den „Preis“ ging, der „Ströme Blutes wert“ sei, um den „Ruhm der preußischen Armee und die Stellung des Königs im europäischen Rat“, wie Manteuffels sich ausdrückt. Dieser Zusammenhang wird keineswegs klar, wenn es bei Buk-Swienty an der entscheidenden Stelle heißt: „Skulle det koste strøomme af blod, er det prisen værd“ / „Sollte es Ströme von Blut kosten, ist das den Preis wert“. Hier drängt sich die Vermutung auf, dass der Autor den Kern des Manteuffel-Briefes nicht richtig verstanden hat und so zu seiner Fehldeutung der Absichten der Berliner Führung gelangt ist. Dabei ist nicht auszuschließen, dass Buk-Swientys Wiedergabe nicht auf das Originalzitat, sondern auf eine bereits verfälschte Version zurückgeht.

Hinter Manteuffels Brief steht das Kalkül des preußischen Ministerpräsidenten und Außenministers Otto von Bismarck, der das geheime Ziel verfolgte, die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg aus dem dänischen Gesamtstaat zu lösen und sie dem preußischen Staat einzuverleiben. Dass er bereits 1864 von der Gründung eines Deutschen Reiches unter preußischer Führung „träumte“, wie Tom Buk-Swienty meint (S. 19 / 330), lässt sich nicht quellenmäßig belegen, sondern ist eine nach 1871 geborene, bis heute lebendige Projektion der Bismarckbewunderer.

Da sein auf Schleswig-Holstein bezogenes Ziel mit diplomatischen Mitteln naturgemäß nicht zu erreichen war, setzte Bismarck auf das Mittel des Krieges, wobei er um des „Preises“ willen ohne moralische Bedenken bereit war, „Ströme Blutes“ fließen zu lassen. Für diese Art des Vorgehens hat sich in der deutschen Geschichtsschreibung der exkulperende Begriff „Realpolitik“ eingebürgert, ein Begriff, den sich der dänische Journalist und Historiker Tom Buk-Swienty erstaunlicherweise zu eigen macht (S. 335).

Ein „Sieg“ beim Sturm auf die Düppeler Schanzen sollte nicht allein militärischen Zwecken dienen, sondern auch die Stellung Preußens im Deutschen Bund und gegenüber den europäischen Großmächten stärken, um so dem Ziel einer Erweiterung des preußischen Staates im Norden näherzukommen. Nationale Leidenschaften, wie sie die Schleswig-Holsteiner bei ihrem Ziel „Deutschland

bis zur Königsau“ und die dänischen Nationalliberalen bei ihrem entgegengesetzten Ziel „Dänemark bis zur Eider“ im Krieg 1848-1850 bewegt hatten, waren Bismarck fremd. Er wusste sie aber für seine Zwecke zu nutzen.

Ganz anders die dänischen Nationalliberalen unter dem Staatsminister D. G. Monrad. Innenpolitisch setzten sie liberales, ja demokratisches Gedankengut um. Ihr irrationaler Nationalismus, der von weiten Teilen der Bevölkerung getragen wurde, aber trübte den Blick für die internationale Position Dänemarks und die militärischen Kräfteverhältnisse. So veranlasste die dänische Regierung den König im November 1863 eine zuvor vom Reichstag beschlossene Verfassung zu unterzeichnen, die auf einen dänischen Nationalstaat bis zur Eider abzielte. Dieser Schritt bot Bismarck die Gelegenheit, im Einvernehmen mit dem Deutschen Bund und mit Billigung der Großmächte, einen Krieg gegen Dänemark zu führen und dafür Österreich als Bundesgenossen zu gewinnen. 1851/52 hatte sich Dänemark nämlich gegenüber Preußen und Österreich verpflichten müssen, keine Inkorporation des Herzogtums Schleswig in das Königreich und keine sie bezweckenden Schritte vorzunehmen. In diesem Sinne wurde die Schleswig-Holstein-Frage auch im Londoner Vertrag von 1852 geregelt.

Dänemark war 1863/64 bereit, für sein nationalpolitisches Ziel seine Soldaten dem Kampf gegen einen übermächtigen Gegner auszusetzen. Auch nach der entscheidenden Niederlage bei Düppel am 18. April 1864 gelangte die Regierung nicht zur Einsicht. Auf der Londoner Konferenz im Juni 1864 ließ sich die dänische Delegation unter D. G. Monrad nicht auf den Gedanken einer Teilung Schlesiws nach Nationalitäten ein¹⁷, so dass das Blutvergießen, im Kampf um Alsen, bis zur endgültigen Niederlage Dänemarks fortgesetzt wurde.

Wie Tom Buk-Swienty überzeugend ausführt (S. 201-207), ist die Eskalation des Krieges auch auf den Druck der öffentlichen Meinung zurückzuführen. Nach dem militärisch wie politisch klugen Rückzug der dänischen Truppen von der Danewerkstellung in der ersten Phase des Krieges war es nämlich zu wütenden, sogar gewaltsamen Bürgerprotesten in Kopenhagen gekommen. Bei einem erneuten Zurückweichen hätte die Regierung um den Erhalt ihrer Position fürchten müssen.

Im Wiener Frieden vom Oktober 1864 musste Dänemark auf die drei Herzogtümer zugunsten von Preußen und Österreich verzichten. Nach dem erfolgreichen Krieg gegen Österreich um die deutsche Vorherrschaft erreichte Bismarck 1867 mit der Einverleibung der Herzogtümer in den preußischen Staat sein seit 1863/64 angestrebtes Ziel. Auf die dänische Bevölkerungsmehrheit in Nordschleswig nahm er dabei keinerlei Rücksicht. Ihrem Recht auf nationale Selbstbestimmung wurde erst mit den Volksabstimmungen von 1920 Genüge getan.

Diese hier nur knapp skizzierten historischen Hintergründe sind in der Geschichtswissenschaft seit langem bekannt, oder sollten es sein. Auch dem

studierten Historiker Tom Buk-Swienty sind sie gewiss nicht neu. Wie an dem Beispiel seines Umgangs mit dem Manteuffel-Zitat („Der Preis ist Ströme Blutes wert“) gezeigt wurde, aktiviert der Autor aber hauptsächlich die moralische Betroffenheit seines Publikums über das unverantwortliche Handeln der politischen und militärischen Führungskräfte in Berlin und in Kopenhagen, allen voran ein angeblich manisch-depressiver D. G. Monrad (S. 335). Will man seinen Leserinnen und Lesern jedoch weitergehende historisch-politische Einsichten ermöglichen, so muss man die politischen und ideologischen Ursachen verdeutlichen, auf die der blutige Krieg von 1864 und die entscheidende Schlacht um Düppel zurückzuführen sind. Das gelingt Tom Buk-Swienty leider nur bedingt.

Exkurs: Düppel als Thema historischer Friedensforschung 1974

Für die Leserinnen und Leser der Grenzfriedenshefte mag es von Interesse sein, dass das von Tom Buk-Swienty aufgegriffene Manteuffel-Zitat in der regionalen Geschichtsvermittlung bereits vor vier Jahrzehnten zum 110. Jahrestag der Schlacht um Düppel Anlass für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Krieg von 1864 gewesen ist. Dazu ein kleiner historiographischer Exkurs (unter persönlichen Vorzeichen):

Unter dem Titel „Der 18. April 1864 – ein schleswig-holsteinischer Gedenktag?“ veröffentlichte der Landeshistoriker Horst Tschentscher 1974 in der vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund herausgegebenen Zeitschrift „Schleswig-Holstein“ einen Artikel, in dem er die Aussage Manteuffels, der „Preis“ sei „Ströme Blutes wert“, ohne kritische Distanz wiedergab und die Politik Bismarcks wie den gesamten Krieg von 1864 aus traditionell nationalistischer Perspektive behandelte.¹⁸ Daraufhin nutzte ich als junger Historiker an der Universität Kiel und überzeugter Anhänger der damals noch neuen historischen Friedensforschung das Manteuffel-Zitat als Aufhänger für eine kritische Auseinandersetzung mit einer Politik, die den Krieg als legitimes Mittel zur Erreichung der eigenen Ziele betrachtet. Dieser Aufsatz erschien als ganzseitiger Beitrag in den „Kieler Nachrichten“ und wurde in den vom Grenzfriedensbund herausgegebenen „Grenzfriedensheften“ sowie der von der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS) herausgegebenen „Korrespondenz Deutsches Schleswig“ nachgedruckt.¹⁹ In ähnlicher Form wurde der Artikel als Replik auf Horst Tschentscher in der Zeitschrift „Schleswig-Holstein“ veröffentlicht.²⁰

Das Fazit des Beitrages lautet: „Unsere Tradition und unsere durch sie bestimmte Gegenwart sind allzu reich an versteckten und offenen Rechtfertigungen des Krieges; noch immer gibt es historische Darstellungen und Geschichtslehrbücher, die den Glauben an die Festigung und Ausweitung des Staates durch Macht nähren. Zu den Aufgaben einer Geschichtswissenschaft in praktischer

Absicht und einer historisch-politischen (Friedens-)Erziehung wird es dagegen gehören, solche Verhaltensnormen nicht durch Weitergabe zu zementieren, sondern durch historische Aufklärung und kritische Reflexion ihre Wurzeln bloßzulegen.

So verstanden kann auch die Erinnerung an den 18. April 1864 oder die blutigen Kämpfe in unserem Lande vor 125 Jahren dazu beitragen, dass Gewalt nicht länger als Mittel der Politik akzeptiert wird und sich die Erkenntnis endgültig durchsetzt, dass Krieg und Frieden nicht Schicksal, sondern Ergebnis interessengebundenen menschlichen Handelns sind.

Auch für die allseits gewünschte Weiterentwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark dürfte eine solche Betrachtung der Ereignisse von 1864, ihrer Hintergründe und Folgen, eine wichtige Voraussetzung sein.“

Obwohl dieser Artikel eine relativ weite Verbreitung fand, muss doch festgehalten werden, dass die darin vertretene Position anno 1974, jedenfalls hierzulande, auch unter Fachhistorikern noch wenig populär war. In den letzten vier Jahrzehnten hat sich jedoch ein Wandel vollzogen.²¹

„1864 i billeder“

2012 ergänzte Tom Buk-Swienty seine beiden dokumentarischen Erzählungen durch einen aufwändigen Bildband, der ebenfalls bei Gyldendal erschien.²² Zwar finden sich auch in den dokumentarischen Erzählungen zahlreiche Abbildungen, es liegt aber in der Natur der Sache, dass ein Bildband durch eine bessere Qualität der Wiedergabe, den Vierfarbdruck, sein größeres Format und die wesentlich höhere Anzahl der Bilder eine besonders eindruckliche Wirkung erzielt.

Das 267 großformatige Seiten umfassende Buch gliedert sich in 24 chronologische oder thematische Kapitel. Die chronologischen Abschnitte folgen dem Kriegsverlauf von Anfang bis Ende. Ein Schwerpunkt liegt auf der Erstürmung der Düppeler Schanzen, die wegen ihres spektakulären Charakters eine Flut bildlicher Darstellungen provoziert hat. Durch den Wechsel von chronologischen und thematischen Kapiteln macht es Buk-Swienty seinem Publikum nicht leicht dem Kriegsverlauf zu folgen. Andererseits setzen die thematischen Kapitel aufschlussreiche Schwerpunkte, wenn es z. B. um den soldatischen Alltag, die Folgen des Krieges für die Zivilbevölkerung, den Einsatz des Roten Kreuzes oder die hinter dem Krieg stehenden Politiker und Militärs geht. Besonders interessant ist ein Kapitel mit der Überschrift „Wenn aus Feinden Freunde werden“ (S. 130-133). Hier ist u.a. eine Zeichnung des Briten Robert Landells zu sehen, die eine Begegnung im Niemandsland zwischen den

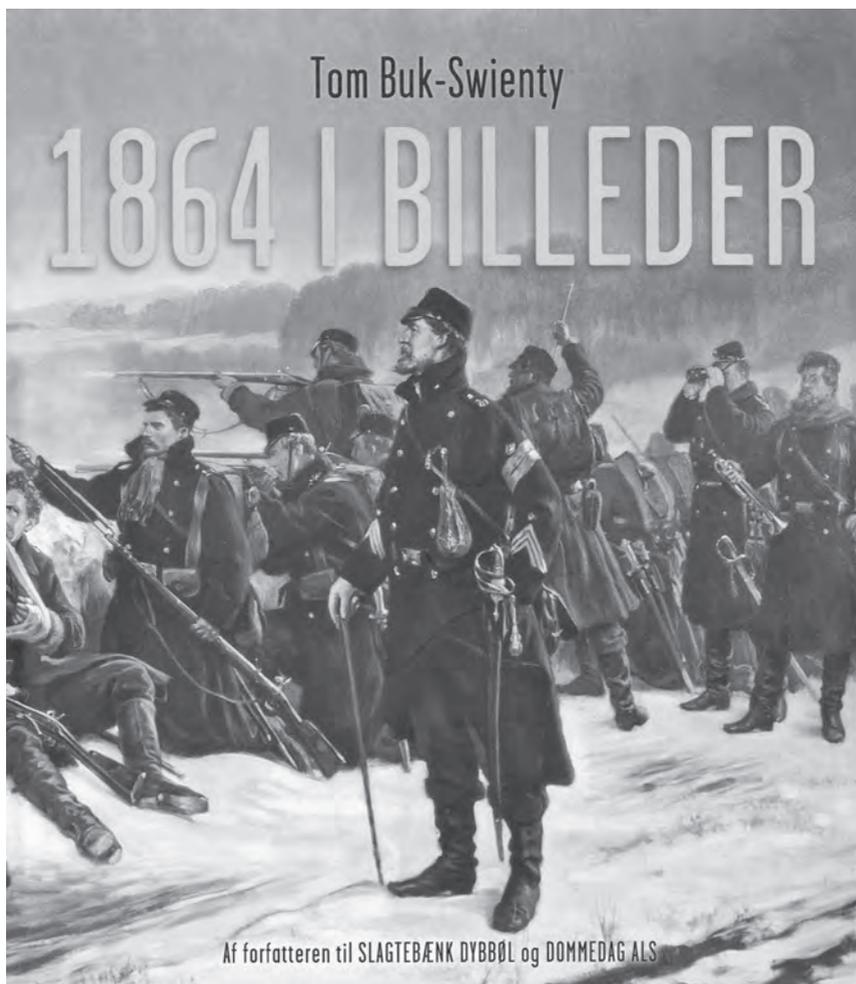


Abb. 2 Umschlagvorderseite des 2012 erschienenen Bildbandes von Tom Buk-Swienty über den Krieg von 1864

Fronten festhält, wo ein dänischer Soldat einen Schluck aus der Feldflasche eines preußischen Soldaten nimmt. Auch dokumentiert Tom Buk-Swienty das geradezu freundschaftliche Verhältnis zwischen dem dänisch-patriotischen Pastor N.L. Feilberg und dem in seinem Pastorat in Ullerup einquartierten preußischen General August von Goeben. Wenngleich solche menschlichen Begegnungen natürlich nicht typisch sind für die Kriegswirklichkeit, führen sie

einem fast noch eindrücklicher als das Blutvergießen die Perversität kriegerischer Auseinandersetzungen vor Augen.

Tom Buk-Swienty berücksichtigt praktisch die ganze Bandbreite bildlicher Darstellungsmöglichkeiten, von den Monumentalgemälden über Zeichnungen, Skizzen, Holzschnitten, Lithographien bis hin zu dem damals noch jungen Medium Fotografie, das im Krieg 1864 kräftig zum Einsatz gelangte. Hinzu kommen einige Faksimiles von schriftlichen Zeugnissen, z.B. Briefen. Wie in seinen beiden dokumentarischen Erzählungen zieht der Autor in seinem Bildband nicht nur dänische, sondern auch deutsche Quellen heran. Da der Krieg von 1864 europaweit auf Interesse traf, sind in dem Band auch Abbildungen aus der ausländischen Presse, besonders „The Illustrated London News“, zu finden. Für dieses Blatt arbeitete der bereits genannte Zeichner und Maler Robert Landells, der den Krieg mit seinem Zeichenblock begleitet hat. Einige seiner bislang wenig oder gar nicht bekannten realitätsnahen Skizzen konnte Tom Buk-Swienty im Schloss Glücksburg auf tun (wie auch immer sie dort hingelangt sein mögen).

Die optische Repräsentation der Vergangenheit vermittelt eine unmittelbare Anschauung, hier vom Krieg 1864, wie sie keine noch so exakte sprachliche Beschreibung liefern kann. Diese Anschauung ist freilich nur punktuell. Bilder sprechen zudem nur bedingt für sich und können, gerade bei einem politisch und emotional so kontroversen Thema wie dem Krieg von 1864, verharmlosende, patriotische, heroisierende und gelegentlich auch manipulierende Elemente mit prägender Wirkung enthalten, die die Betrachter ohne fachliche Unterstützung oft nur bedingt erfassen können.

Quellenkritische Probleme berücksichtigt Tom Buk-Swienty in dem Bildband wesentlich überzeugender als beim Umgang mit schriftlicher Überlieferung in seinen dokumentarischen Erzählungen: Die jedem Kapitel voranstehenden Erläuterungstexte und die Bildunterschriften nehmen eine historische Einordnung der Bilder vor und enthalten meist auch quellenkritische Elemente. Da Erläuterungstexte und Bildunterschriften knapp gehalten sind, lassen Sie Raum für eigenes Entdecken, lassen Geschichte in einem positiven Sinne frag-würdig erscheinen. Unbedingt erforderlich wäre es aber gewesen, die gezeigten Bilder stets mit möglichst präzisen Angaben zur zeitlichen Einordnung, zum Urheber und ggf. zu dem Presseorgan zu machen, das das Bild erstmals veröffentlichte.

Bei der doppelseitigen Wiedergabe des bekannten Gemäldes von Vilhelm Rosenstand vom Gegenangriff der 8. dänischen Brigade auf die Düppeler Schanzen (S. 196/197) macht Buk-Swienty auf den heroisierenden Charakter des eindrucksvollen Gemäldes aufmerksam und schreibt, dass das Bild „viele Jahre nach der Schlacht“ entstand. Er versäumt aber den Hinweis darauf, dass das

1894 zum 30. Jahrestag der Schlacht entstandene Monumentalgemälde drastisch vor Augen führt, wie Düppel zum verklärenden Symbol für den dänischen Durchhaltewillen gegenüber einer deutschen Übermacht wurde, nicht zuletzt für die seit 1867 unter preußisch-deutscher Herrschaft stehenden Dänen in Nordschleswig. Buk-Swienty ist es wichtiger, auf den wahrlich erschütternden Umstand hinzuweisen, dass bei der an „Wahnwitz“ grenzenden, „fast selbstmörderischen“ Aktion von den 3.000 Soldaten der 8. Brigade mehr als die Hälfte getötet oder verwundet wurde (S. 190, 196).

Vom Leiden und Sterben der Soldaten in den Lazaretten vermittelt der Verfasser in seinem Buch „Schlachtbank Düppel“ anhand schriftlicher Berichte, z. B. ärztlicher Aufzeichnungen, erschütternde Eindrücke. Im Bildband widmet er der „Kriegschirurgie“ ein eigenes Kapitel (S. 69-77). Die dort gezeigten Abbildungen entsprechen in ihrer Aussagekraft aber nur bedingt den schriftlichen Schilderungen. So zeigt Buk-Swienty mehrere Fotos von kriegsversehrten Veteranen und einen Ausschnitt aus dem „Handbuch der kriegschirurgischen Technik“ von Friedrich Esmarch. Nicht bekannt ist ihm offenbar die in „The Illustrated London News“ (7. Mai 1864) wiedergegebene Szene in der Amputationshütte eines



Abb. 3 Szene in der Amputationshütte eines preußischen Feldlazarets bei Düppel (The Illustrated London News, 7. Mai 1864)

preußischen Feldlazaretts bei Düppel, wo die Versorgung frisch amputierter Soldaten realitätsnah dargestellt wird (Abb. 3).

Buk-Swienty bringt hingegen (S. 75) ein Foto von einem Flensburger Lazarett, wo sich meist leicht verletzte preußische und dänische Soldaten ziemlich entspannt dem Fotografen präsentieren (Abb. 4). Auf einem ähnlichen Foto, das doppel­seitig wiedergegeben wird (S. 76/77), hat man einen Soldaten im Krankenbett in Richtung Kamera geschoben, und Buk-Swienty macht darauf aufmerksam, dass er schwer verwundet sei. Dass es sich um arrangierte Fotos handelt, die die Verhältnisse in einem Lazarett nicht realistisch genug wiedergeben, teilt Buk-Swienty seinem Publikum nicht mit. Bei etwas mehr Rechercheaufwand hätten sich – auch im unmittelbaren Vergleich zu den gerade erwähnten Fotos – zeitgenössische Bilder zeigen lassen, die die Atmosphäre in einem Flensburger Lazarett wesentlich realitätsnäher erfassen. Dies gilt zum Beispiel für eine Zeichnung von Carl Bøgh vom Inneren des Lazaretts im Lokal „Borgerforeningen“ und eine Zeichnung von Otto Günther, die in der illustrierten Wochenzeitschrift „Die Gartenlaube“ erschien (Abb. 5).²³

Angeboten hätte sich für den Bildband von Buk-Swienty auch eine in „The Illustrated London News“ am 5. März 1864 publizierte Abbildung vom Begräbnis von 58 dänischen, preußischen und österreichischen Soldaten auf dem Alten Friedhof in Flensburg.²⁴ Das Bild ist auch deshalb von besonderem historischen



Abb. 4 Im Bildband von Tom Buk-Swienty wiedergegebenes Foto vom Lazarett im Ständehaus: „Verletzte preußische und dänische Soldaten in einem Lazarett in Flensburg.“



Abb. 5 Szene in einem Flensburger Lazarett (vermutlich im Ständehaus). Zeichnung von Otto Günther in der illustrierten Wochenzeitschrift „Die Gartenlaube“, Jg. 1864, S. 221

Interesse, weil die Zeremonie gemeinsam von einem deutschen und einem dänischen Geistlichen abgehalten wird und weil das Begräbnis unter den Augen des kaum zwei Jahre zuvor errichteten Idstedt-Löwen vollzogen wird, der den dänischen „Sieg“ bei Idstedt von 1850 feiert und das Verlangen nach einem dänischen Nationalstaat bis zur Eider ausdrücken sollte – eben jenes Verlangen, das die dänischen Nationalliberalen nach dem Krieg von 1864 begraben mussten. Natürlich lässt sich über eine sinnvolle Bildauswahl füglich streiten. Die obigen Bemerkungen wollen auch den Wert des Bildbandes von Tom Buk-Swienty nicht schmälern, sondern darauf aufmerksam machen, dass die bildliche Überlieferung zur Geschichte des Krieges von 1864 ein Potential enthält, das sich – im Sinne der Anliegen von Buk-Swienty – noch gezielter nutzen ließe.

Fazit

Tom Buk-Swienty hat mit seinem drei Bände umfassenden Werk über den Krieg von 1864 aus geschichtswissenschaftlicher und geschichtsdidaktischer Sicht ein eingängiges, sozialgeschichtlich orientiertes Werk vorgelegt, das großer Anerkennung wert ist. Der Autor konfrontiert sein Publikum mit der brutalen Wirklichkeit des Krieges, der seinen Höhepunkt auf der „Schlachtbank“ Düppel

fand. Buk-Swienty räumt auf mit verklärenden, nationalistischen Vorstellungen vom Krieg, wie sie nicht allein in Dänemark, sondern unter anderem Vorzeichen auch in Deutschland lange vorherrschend waren. Da der dänische Journalist und Historiker den Krieg von 1864 als Teil der gemeinsamen Geschichte begreift und behandelt, leistet er mit seinem Werk einen wichtigen Beitrag zu einem vertieften dänisch-deutschen Verständnis. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass sein bekanntes Buch „Schlachtbank Düppel“ auch in deutscher Sprache vorliegt. Wünschenswert wäre es, wenn zudem seine dokumentarische Erzählung „Dommedag Als“ und sein Bildband, der sich ausdrücklich auch an ein deutsches Publikum wendet (S. 9), in einer deutschsprachigen Ausgabe greifbar wären.

Wie im vorliegenden Beitrag an Beispielen gezeigt wurde, weist das Werk von Tom Buk-Swienty auch gewisse Schwächen auf, die man kennen sollte, wenn man die Bücher zur Hand nimmt. Die Bücher markieren im Übrigen nicht das Ende, sondern einen, freilich gewichtigen, Abschnitt bei der Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Krieges von 1864.

Die große Zustimmung, die seine Publikationen in der dänischen Öffentlichkeit erfahren haben, berechtigen zu der Hoffnung, dass Buk-Swientys eindruckliche Schilderungen des Leidens und Sterbens der Soldaten als Teil der gemeinsamen deutsch-dänischen Geschichte auch in den Veranstaltungen zum 150. Jahrestag der Erstürmung der Düppeler Schanzen angemessene Berücksichtigung finden werden – aus Solidarität mit den Betroffenen und deshalb, weil sich die oft beschworene deutsch-dänische Freundschaft und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in ihrem Wert nur dann hinreichend einschätzen lassen, wenn man ihr krasses Gegenteil historisch-politisch erfahren hat.

Dass in Dänemark aus rechtsnationalem Umfeld auch andere Töne zu hören sind, sei nur am Rande vermerkt. Man wird wohl auch damit rechnen müssen, dass am 18. April 2014 sogenannte Traditionsverbände in historischer Verkleidung auf dem ehemaligen Schlachtfeld „Krieg“ spielen²⁵. Wirklich erstaunlich ist es aber, dass im Historiecenter auf Düppel, heute Teil des Museums Sønderjylland, ungeachtet früherer Einwendungen von kompetenter Seite²⁶ und anscheinend unbeeindruckt von den Publikationen und öffentlichen Auftritten Tom Buk-Swientys, der Krieg auch 2013 noch als „donnerndes Erlebnis“ Schulklassen vermittelt und Touristen verkauft wird.²⁷ Im Sinne Buk-Swientys ist das jedenfalls nicht, wie er auf eine entsprechende Frage des Historikers und früheren Geschichtslehrers Immo Doege aus Apenrade 2011 bei einer Vortragsveranstaltung erklärte.²⁸

Es bleibt also noch einiges zu tun, bis die „Botschaft“ Tom Buk-Swientys in der Geschichtsvermittlung und damit im öffentlichen Bewusstsein beider Länder voll zum Tragen kommt. Der vorliegende Aufsatz soll dazu einen Beitrag leisten.

Anmerkungen

- 1 Tom Buk-Swienty, *Slagetebænk Dybbøl* 18. april 1864. Historien om et slag, København: Gyldendal 2008. 397 S., ill. – Rezension von Lars Holgaard Bak in: *Grenzfriedenshefte (GFH)* 1/2010, S. 77 f.
- 2 Ders., *Dommedag Als* 29. juni 1864. Kampen for Danmarks eksistens, København: Gyldendal 2010. 474 S., ill. – Rezension von Lars Holgaard Bak in: *GFH* 3/2011, S. 244-246.
- 3 Z.B. René Rasmussen, *Flensburg im Krieg 1864. Erlebt von dänisch gesinnten Bürgern der Stadt*, in: *GFH* 1/2012, S. 3-20, hier S. 3 f.
- 4 So Martin Schulte in einem Bericht über die Dreharbeiten, in: *Flensburger Tageblatt*, 26.10.2013.
- 5 Dazu Jesper Vind, *Das „Wundfieber“ von 1864*, in: *GFH* 2/2013, S. 81-90 (Übersetzung eines in der Wochenzeitung *Weekendavisen* am 15.3.2013 erschienenen Artikels). Siehe auch den *ECHO*-Beitrag von Eckard Bodenstern: ebd., S. 139 f.
- 6 Erik Ingemann Sørensen, 1864. *En guide i krigens fodspor. Med forord af Tom Buk-Swienty*, København: Gyldendal 2013. 256 S., ill.
- 7 *Der Nordschleswiger*, 4.9.2013.
- 8 Siehe oben Anm. 1 und 2.
- 9 Tom Buk-Swienty, *Schlachtbank Düppel* 18. April 1864. Die Geschichte einer Schlacht. Aus dem Dänischen von Ulrich Sonnenberg, Berlin: Osburg Verlag 2011. 360 S., ill. – Die im Folgenden in Klammern genannten Seitenzahlen beziehen sich auf diese Ausgabe.
- 10 Ders., *1864 i billeder*, København: Gyldendal 2012. 268 S.
- 11 Siehe Anm. 9.
- 12 Z.B. Gerrit Liebing Schlaber, *Düppel – ein historischer Lern- und Erinnerungsort. Gedanken eines Grenzgängers kurz vor dem 150. Jahrestag der Schlacht*, in: *GFH* 3/2013, S. 177-194.
- 13 Henrik Skov Kristensen, *Straffelejren. Fårhus, landssvigerne og retsopgøret*, København: Nyt Nordisk Forlag 2011, 640 S., ill. – Siehe auch den Beitrag von Skov Kristensen in: *GFH* 1/2013, S. 27-44.
- 14 Siehe Anm. 1
- 15 Hier zitiert nach dem seriösen Beitrag von Friedrich Luckwaldt, *Das europäische Staatensystem von 1850-1890*, Kap. 7: *Krieg um Schleswig-Holstein 1864*, in: *Propyläen-Weltgeschichte*, Bd. 8, Berlin: Ullstein 1930, S. 179.
- 16 Buk-Swienty, *Slagetebænk Dybbøl* (wie Anm. 1), S. 221.
- 17 In seiner Rezension des Buches „*Dommedag Als*“ vermisst Lars Holgaard Bak, zu Recht, eine „kritischere Untersuchung zu Bismarck“ und stellt die Frage: „Wäre es nicht z. B. denkbar, dass Bismarck die dänische Ablehnung einer Teilung Schlesiens einkalkulierte, um dann umso mehr eine Legitimation für die Einverleibung des ganzen Herzogtums in die Hand zu bekommen?“ (wie Anm. 2). Auch in „*Slagetebænk Dybbøl*“ unterstellt Buk-Swienty dem preußischen Ministerpräsidenten die ernsthafte Absicht, „die Landesgrenze ungefähr dort zu ziehen, wo sie heute verläuft“ (S.335).
- 18 Horst Tschentscher, *Der 18. April 1864 – ein schleswig-holsteinischer Gedenktag?*,

- in: Schleswig-Holstein, H. 4/1974, S. 100-101. Als Adressat des Manteuffel-Briefes wird hier (S. 101) irrtümlich der preußische König genannt.
- 19 Jörn-Peter Leppien, Letztes Faustpfand der Dänen. Zur Erstürmung der Düppeler Schanzen vor 110 Jahren – Die Frage nach dem Sinn, in: Kieler Nachrichten, 22.4.1974, S. 20. – Unter dem Titel „Der Sturm auf die Düppeler Schanzen vor 110 Jahren – Die Frage nach dem Sinn des Kampfes“ erneut abgedruckt in: GFH 3/1974, S. 153-155, sowie in: Korrespondenz Deutsches Schleswig, 1974, S. 21 f.
 - 20 Ders., Das Jahr 1864 in heutiger Sicht. Bemerkungen zum Thema: Krieg und Frieden in der geschichtlichen Bildung, in: Schleswig-Holstein 1974, S. 132-134.
 - 21 Zur Entwicklung bis 1989 siehe das Nachwort von Manfred Jessen-Klingenberg zu einem von ihm initiierten Beitrag von Jörn-Peter Leppien, Düppel 1864. Bemerkungen zum Thema Krieg und Frieden in der geschichtlichen Bildung, in: GFH 1/1989, S. 16-22.
 - 22 Tom Buk-Swienty, 1864 i billeder (wie Anm. 10) – Die im Folgenden in Klammern genannten Seitenzahlen beziehen sich auf diesen Band.
 - 23 Diese Abbildungen hat die Redaktion der Grenzfriedenshefte dem in Anm. 3 genannten Aufsatz von René Rasmussen über „Flensburg im Krieg 1864“ beigefügt. Siehe dort S. 7 u. 17.
 - 24 Ebd., S. 11.
 - 25 Zur Erinnerung an die sog. Völkerschlacht bei Leipzig gegen Napoleon vor 200 Jahren haben 9.000 Akteure aus 24 Ländern die Kämpfe, bei denen 90.000 Menschen starben, nachgespielt und sie so zum unterhaltsamen Spektakel verkehrt. „30.000 Besucher strömten zum historischen Gefechtsfeld“, meldete dpa (Flensburger Tageblatt, 21.10.2013).
 - 26 Dazu René Rasmussen, Dänischer Sturm auf Düppel, in: GFH 2/2000, S. 151-177.
 - 27 Gerret Liebing Schlaber, Düppel – ein historischer Lern- und Erinnerungsort (wie Anm. 12), hier S. 186-188.
 - 28 Der Nordschleswiger, 17.1.2011.

Die Bedeutung von Minderheiten in Europa

Rahmenbedingungen für staatliches Handeln

von TOVE H. MALLOY

In ihrem faktenreichen Beitrag leuchtet Dr. Tove H. Malloy unter historischen, politischen und rechtlichen Gesichtspunkten die Bedeutung von Minderheiten in Europa aus. Es handelt sich um die Druckfassung eines Gastvortrages, den die Direktorin des European Centre for Minority Issues (ECMI) am 24. Oktober 2013 beim Kreisparteitag der CDU Flensburg gehalten hat. – Aktiver Minderheitenschutz sei immer auch Friedenspolitik, lautete das Fazit des Vorsitzenden der CDU-Ratsfraktion Frank Markus Döring, der damit den Beschluss des Kreisparteitages bekräftigte, den Sonderstatus des SSW uneingeschränkt anzuerkennen.

Die Redaktion

Einleitung¹

In Europa wurde die Existenz von Minderheiten erstmals 1453 anerkannt, und die internationale Staatengemeinschaft hat seit 1815 gemeinsame Bemühungen zum Schutz von Minderheiten unternommen. Heute gehören schätzungsweise 105 Millionen Europäer einer traditionellen Minderheit mit einem geschichtlichen, sprachlichen oder ethnischen Hintergrund an. Darüber hinaus geht man davon aus, dass 33 Millionen Europäer mit einem Minderheitenhintergrund in Europa ansässig sind. Dabei handelt es sich entweder um Immigranten, Migranten oder Flüchtlinge. Diese Zahlen basieren auf einem Europa bestehend aus 50 Staaten und 740 Millionen Menschen, von denen Russen, Deutsche, Franzosen, Italiener, Briten, Spanier, Ukrainer und Polen mit insgesamt 465 Millionen Menschen die wichtigsten Gruppen bilden. Einige Gelehrte sprechen von 87 klar abgrenzbaren Gruppen in Europa, von denen 57 Minderheiten mit einer anderen Kultur oder Ethnie sind als die Mehrheit. Es scheint keinen Zweifel daran zu geben, dass es sich beim europäischen Kontinent im Hinblick auf die Bevölkerung um einen vielfältigen Kontinent handelt, auch wenn es tatsächlich Anhaltspunkte für die Argumentation gibt, dass 13 Staaten, in denen mehr als 90 Prozent der Bevölkerung zu einer Gruppe gehören, homogen sind (Albanien, Armenien, Dänemark, Finnland, Griechenland, Island, Italien, Malta, Österreich, Polen, Portugal, Tschechische Republik und Ungarn). Am anderen Ende der Skala befinden sich die drei am wenigsten homogenen Staaten. Dabei ist Montenegro der vielfältigste Staat, da dort nur 45 Prozent der

Bevölkerung Montenegriner² sind. In Belgien sind nur 54 Prozent der Bürger Wallonen und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien stellen die Mazedonier 64 Prozent der Bevölkerung. Man schätzt, dass in Deutschland 80 Prozent Deutsche sind und 20 Prozent zu anderen Gruppen gehören. Mit anderen Worten wird das Verständnis, dass eine Nation dasselbe ist wie der Staat, schnell zu einem Mythos und dies hat Auswirkungen auf das staatliche Handeln und die öffentliche Verwaltung.

Um die Bedeutung von Minderheiten in Europa diskutieren zu können, muss man zunächst den Begriff „Bedeutung“ definieren. Bedeutung im Sinne von „eine *erhebliche* oder *belegbare* Wichtigkeit für eine Angelegenheit haben“ kann eine Wertung erforderlich machen. In diesem Aufsatz werde ich mich darauf konzentrieren zu zeigen, dass Minderheiten in Europa eine objektive Bedeutung für staatliches Handeln und die öffentliche Verwaltung haben.

Europäische Geschichte des Minderheitenschutzes

Der Schutz von Minderheitengruppen fand seinen Weg nach Europa über die Ausdehnung des Osmanischen Reichs in den Balkan hinein. 1453 erließ Sultan Mehmed II. einen Erlass, der es nichtmuslimischen Minderheiten erlaubte, ihre eigenen Götter anzubeten. Dieses sogenannte Millet-System erlaubte es Christen und Juden, autonome Regeln für ihre Gemeinden aufzustellen und ihren eigenen Gesetzen zu folgen. In Zentral- und Nordeuropa reicht der Minderheitenschutz religiöser Gruppen zurück bis in die Zeit des Augsburger Religionsfriedens von 1555 und die Anerkennung des Rechts der lutherischen Territorialfürsten, sich der Reformation anzuschließen und ihren protestantischen Glauben frei auszuüben. Von 1555 bis 1815 konzentrierte sich der Minderheitenschutz auf religiöse Minderheiten. 1815 wurde im Zuge der Verhandlungen auf dem Wiener Kongress nach den Napoleonischen Kriegen zum ersten Mal der Begriff der „nationalen“ Minderheiten diskutiert. Die Wiener Kongressakte sah keinen Minderheitenschutz vor, aber bilaterale Verträge nach 1815 begannen sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Im Zuge der Verhandlungen nach Ende des Ersten Weltkriegs rückten nationale und sprachliche Minderheiten in den Fokus. Zwischen 1919 und 1921 wurden zahlreiche Verträge zwischen dem Völkerbund und den Staaten, die den Krieg verloren hatten, abgeschlossen. Diese sogenannten Minderheitenschutzverträge legten zahlreiche politische und kulturelle Rechte für nationale Minderheiten fest und eine Sonderkommission bestehend aus Richtern entwarf den Vertrag über den autonomen Sonderstatus der von einer schwedischen Volksgruppe bewohnten Åland-Inseln in Finnland. Das war notwendig, weil der Friedensvertrag von Versailles zahlreiche neue Staaten geschaffen und die Grenzen souveräner Staaten verschoben hatte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Völkerbund als erloschen erklärt und die Vereinten Nationen (VN) übernahmen die Aufgabe der Überwachung des Minderheitenschutzes auf internationaler Ebene. Diese Bemühungen teilten sich später auf mehrere Stränge des internationalen Rechts auf. Im Strafrecht zielte das 1948 verabschiedete „Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ auf die Verhütung der Ausrottung von Minderheiten ab³. Im Bereich der Menschenrechte sieht Artikel 27 des „Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte“ von 1966 vor, dass ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten nicht das Recht vorenthalten werden darf, ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen⁴. 1992 verabschiedeten die Vereinten Nationen die „Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören“⁵. In diesem Zeitraum wurden auch bilaterale Vereinbarungen zum Schutz besonderer Gruppen abgeschlossen. Beispiele sind das Gruber-De Gasperi-Abkommen von 1946, auch Pariser Abkommen genannt, das den Schutz der deutschsprachigen Minderheit in Südtirol regelte, sowie die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 zum Schutz der zwei nationalen Minderheiten in der deutsch-dänischen Grenzregion. Zu den weiteren internationalen Menschenrechtskonventionen, die für den Minderheitenschutz relevant sind, zählen u. a. zahlreiche Dokumente der UNESCO und im humanitären Völkerrecht enthalten die Genfer Konventionen eine Gleichbehandlungsklausel. Schließlich gibt es im internationalen Arbeitsrecht zwei Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)⁶, die den Schutz indigener (einheimischer) Völker vorsehen.

Aktuell relevantes internationales und EU-Recht

Die folgenden Dokumente sind für Minderheiten in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg von besonderer Bedeutung. Sie verlangen von den Mitgliedern der Vereinten Nationen, des Europarats und der Europäischen Union (EU) den Schutz von Minderheiten:

- Europäische Menschenrechtskonvention, Artikel 14 (1950)
- Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, Artikel 27 (1966)
- Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören (1992)
- Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen (1992)
- Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten (1995)
- Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft (2000)⁷

- Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (2000)⁸
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union (2000), Artikel 21 und 22 über den EU-Vertrag (2007)
- EU-Vertrag, Artikel 1-2 zu den Werten, auf die sich die Union gründet: Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte der Personen, die Minderheiten angehören (2009).

Alle diese Urkunden sind rechtsverbindlich, mit Ausnahme der Erklärung der Vereinten Nationen von 1992, die jedoch einstimmig von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Sprachencharta von 1992 keine Minderheiten an sich schützt, sondern den Schutz bestimmter, von Minderheiten gesprochener Sprachen vorsieht. Schließlich ist nicht sicher, ob Artikel 1-2 des EU-Vertrags im Hinblick auf Minderheitenrechte rechtlich bindend ist. Dieser Artikel sieht vor, dass die Union die Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, wahrt, und eröffnet so einen Auslegungsspielraum hinsichtlich der Frage, ob es sich bei dem in Artikel 1-2 vorgesehenen Schutz um ein einklagbares Recht handelt.

Nicht alle Staaten halten sich an diese internationalen Dokumente, auch wenn sie sie unterzeichnet haben. Im Fall des UN-Zivilpakts zum Beispiel hat Frankreich erklärt, dass es nicht beabsichtige, Art. 27 umzusetzen, und im Fall des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten müssen noch sechs Mitglieder des Europarats das Übereinkommen ratifizieren, nämlich Belgien, Frankreich, Griechenland, Island, Luxemburg und die Türkei. Was die Sprachencharta angeht, halten sich sogar noch weniger Staaten daran. Albanien, Andorra, Aserbaidshan, Belgien, Bulgarien, Estland, Georgien, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Malta, Moldau, Monaco, Portugal, Russland, San Marino, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Türkei haben die Charta noch nicht ratifiziert. Dennoch schätzen Experten die Situation so ein, dass Europa das beste System zum Schutz von Menschenrechten und Minderheiten auf der Welt geschaffen hat. Keine andere Region hat eine starke Menschenrechtskonvention, die von einem Gericht unterstützt wird, das eine so angemessen starke Stellung hat wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte.

Vier internationale moralische Prinzipien

Um die Bedeutung von Minderheiten im aktuellen politischen und sozialen Umfeld bewerten zu können, muss man zunächst die moralischen Prinzipien festlegen, die den internationalen und europäischen Minderheitenschutz bestimmen. Die



Abb. 1 Studium einschlägiger Literatur in der Bibliothek des ECMI

Prinzipien des Minderheitenschutzes können wie folgt zusammengefasst werden:

1. Gleichberechtigung
2. Anerkennung
3. Einbeziehung in die demokratische Willensbildung
4. Teilhabe an der Mehrheitsgesellschaft.

Gleichheit bezieht sich auf die Gleichbehandlung von Menschen ungeachtet ihrer Anzahl sowohl vor dem Gesetz als auch nach dem geltenden Recht. Dieses europäische Prinzip entstand nach der französischen Revolution. Gleichheit als Grundsatz der öffentlichen Ordnung kann sowohl auf der Ebene jedes Einzelnen als auch auf der Ebene von Gruppen umgesetzt werden. Das Recht auf Bildung in der Muttersprache z. B. ist ein universelles Menschenrecht, das alle Menschen haben sollten, während das Recht auf Bildung in der Muttersprache neben dem Erlernen der vorherrschenden offiziellen Sprache eines Landes ein Minderheitenrecht ist, das Angehörige von Minderheiten aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dieser Gruppe haben. Die meisten Gleichheitsgrundsätze sind Gleichbehandlungsgrundsätze. Einige Staaten haben sich für stärkere Grundsätze entschieden und Maßnahmen zur Bestätigung dieser Entscheidung getroffen und Quoten eingeführt. Viele Staaten verfolgen nun Gleichbehandlung in allen Bereichen staatlichen Handelns. Dabei ist wichtig, dass Gleichheit sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der Privatwirtschaft erreicht wird.

Anerkennung wird üblicherweise aufgrund von Leid in der Vergangenheit ge-

währt. Öffentliche Anerkennungsgrundsätze können sowohl auf politischer Ebene als auch durch Gesetze umgesetzt werden oder können politisch sein, ohne dass sie durch gesetzliche Grundlagen gestützt werden. Anerkennung wird in den Staaten als problematisch gesehen, in denen große Gruppen gelitten haben. So haben z. B. verschiedene Staaten das Leid von Sklaven anerkannt, sind aber nicht bereit, den Schritt hin zur Wiedergutmachung zu gehen, während in Staaten wie Kanada und Australien das Leid kleiner historisch indigener Gruppen anerkannt wurde und Ausschüsse eingesetzt wurden, um ihnen eine Wiedergutmachung zuzumessen. Die Anerkennung von Minderheitengruppen basiert – wie gesagt – auf Leid in der Vergangenheit. Mit der zunehmenden Vielfalt in Europa basiert sie heute allerdings auch auf dem Recht, anders zu sein. Mit dem Recht, anders zu sein, ist das Recht gemeint, nicht gegen den eigenen Willen assimiliert zu werden. Mit anderen Worten geht es um die Anerkennung, dass Menschen verschieden sind und dies auch sein dürfen. Anerkennung wird nur auf Ebene von Gruppen gewährt und kann symbolisch sein oder gesetzlich ausgestaltet sein. Zu den Grundsätzen öffentlicher Ordnung können auch Verfassungsbestimmungen oder Regierungserklärungen zählen. In einigen Verfassungen, vor allem in Osteuropa, sind Minderheiten anerkannt, und es wurden im Zusammenhang mit der Unterzeichnung internationaler Übereinkommen, wie dem Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten, Erklärungen abgegeben.

Kollektive Willensbildung ist ein demokratisches Ideal, dem die meisten europäischen Staaten folgen. Mit kollektiv ist hier gemeint, dass alle Gruppen gehört werden und eine Stimme haben, auch wenn sie auf politischer Ebene nicht vertreten sind. Damit stellt es eine Verletzung demokratischer Prinzipien und Werte dar, wenn nicht alle Stimmen gehört werden oder bestimmte Stimmen absichtlich unterdrückt werden. Die verschiedenen Staaten verfolgen verschiedene Modelle, um alle Stimmen einzubeziehen. Sind Gruppen schwach oder klein, kann die öffentliche Ordnung Sonderregelungen für schwache oder ausgeschlossene Gruppen erlauben. Die Einbeziehung in den Willensbildungsprozess kann sowohl die Rechte Einzelner als auch Gruppenrechte betreffen. Eine öffentliche Ordnung, die darauf abzielt, Minderheiten in die Willensbildung einzubinden, ist in der Regel als besondere Vertretungsregel gestaltet, wie z. B. Sitze im Parlament, die für Minderheiten reserviert sind, die Ausnahme von Sperrklauseln für politische Parteien, die die Interessen von Minderheiten vertreten, parlamentarische Kommissionen und Ausschüsse sowie Vertretungsbüros. Gelegentlich sind auch Minderheitenparteien an Regierungskoalitionen beteiligt. Dies ist bereits in Finnland, Lettland, Litauen, in der Slowakei und Rumänien vorgekommen und ist zurzeit in Schleswig-Holstein und in den Niederlanden der Fall. Einige der einflussreichsten Männer in Westminster sind Schotten, und in

Bulgarien sind Mitglieder der türkischen Minderheit an der Regierung beteiligt. *Teilhabe an der Mehrheitsgesellschaft* ist nicht nur demokratisches Ideal, sondern auch eine Frage von sozialem Zusammenhalt und Wohlstand. Gesellschaften, die bestimmte Gruppen vom Arbeitsmarkt ausschließen, schließen tatsächlich Arbeitskraft und Kompetenzen aus. Gesellschaften, die als Parallelgesellschaften existieren, driften auseinander. Das Recht auf Teilhabe ist im internationalen Recht ein eher junges Recht, auch wenn es in der europäischen Philosophie tief verwurzelt ist. Bereits Aristoteles propagierte die partizipatorische Demokratie. Teilhaberechte basieren normalerweise auf Individualrechten, wie Gleichbehandlungsrechten, auch wenn es notwendig sein könnte, über die einfache Gleichbehandlung hinauszugehen. Stärkere öffentliche Grundsätze könnten auf besonderen Rechten basieren, die die kulturelle Identität im öffentlichen Raum unterstützen, d. h. Rechten, basierend auf Sprache, Kultur, oder Religion.

Öffentliche Ordnung und Minderheitenschutz

In Europa verabschiedete Modelle des Minderheitenschutzes können aus Sicht von Regierungen entweder auf einem Kontinuum des Grundsatzes der öffentlichen Ordnung von schwach zu stark im Hinblick auf den Schutz oder von weniger belastend zu sehr belastend („teuer“) basieren. Die Aufzählung ist nicht abschließend, liefert aber einen Überblick über die wichtigsten Maßnahmen des Minderheitenschutzes:

- Sitze in Volksvertretungen, die Minderheiten vorbehalten sind (Belgien, Dänemark, Finnland, Kroatien, Italien, Slowenien)
- Herabgesetzte Sperrklauseln (Italien, Deutschland, Polen, Rumänien)
- Nicht territoriale öffentliche/private Minderheiteneinrichtungen (Österreich, Kanada, Dänemark, Deutschland und viele mehr)
- Selbstverwaltung von Minderheiten (Belgien, Finnland, Ungarn und Slowenien)
- Territoriale Regelungen (Belgien, Kanada, Dänemark, Finnland, Italien, Moldau, Serbien, Spanien, Großbritannien).

In einigen Fällen überschneiden sich die Modelle. In Dänemark sind z. B. zwei Sitze jeweils für Grönland und die Färöer im Folketing, dem dänischen Parlament, reserviert. Darüber hinaus gewährt Dänemark diesen beiden Gemeinschaften auch ein hohes Maß an Selbstverwaltung. Dies ist auch in Italien der Fall, wo Südtirol das Recht auf Selbstverwaltung hat und drei Sitze im Senat für Südtirol reserviert sind. Finnland hat für die Schweden auf den Åland-Inseln Selbstbestimmung verabschiedet und gleichzeitig einen Sitz im finnischen Parlament für sie reserviert. Die Modelle der Selbstverwaltung von Minderheiten reichen von schwachen Modellen von Vereinen in Ungarn bis hin zu vertretenden Versammlungen, wie dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

in Belgien und dem Sameting als parlamentarische Vertretung des Volks der Samen in Finnland. Territoriale Regelungen sind in zahlreichen Ländern, wie Belgien, Kanada, Dänemark, Finnland, Italien, Moldau, Serbien, Spanien und Großbritannien, erfolgreich. Territoriale Regelungen waren jedoch bisher nicht dazu geeignet, Konflikte zu lösen, wie die in Abchasien, Tschetschenien, Zypern, Frankreich, Bergkarabach, im Kosovo, in Südossetien und Transnistrien.

Warum Minderheitenschutz im 21. Jahrhundert?

Die Antwort auf diese Frage ist dieselbe wie 1555 in Augsburg: Minderheiten fürchten, dass sie gegen ihren Willen assimiliert werden. Die eigene Muttersprache nicht sprechen zu können, die eigene Religion nicht ausüben zu können oder die eigene Kultur nicht leben zu können, ist schmerzhaft. Heute, im Jahr 2013, sind es nicht die Lutheraner, die solche Ängste haben. Dafür sind es die russischen Muttersprachler in Estland, die Serben im Kosovo, die Türken in Bulgarien, die Ungarn in der Slowakei, die Sorben in Deutschland und das Volk der Samen in Nordskandinavien, um nur einige zu nennen. Darüber hinaus gibt es das Recht, anders zu bleiben, das auch von Einwanderergruppen beansprucht wird. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Menschen eingeladen wurden, in ein neues Land zu kommen, wie die frühe Einwanderungswelle von Gastarbeitern in Nord- und Westeuropa oder Menschen aus ehemaligen Kolonien, die mit den Kolonialherren kooperierten und Schutz außerhalb ihres Heimatlandes suchten. Während die Menschen aus den Kolonien eingebürgert wurden, bleiben viele Gastarbeiter weiter Ausländer im neuen Land. Dies ist auch für die russischen Muttersprachler in Estland und Lettland der Fall. Viele von ihnen waren gezwungen, die russische Staatsbürgerschaft anzunehmen, da sie den Staatsbürgertest nicht bestehen konnten.

Es gibt auch den Aspekt fehlender Anerkennung, der dazu führen kann, dass sich Minderheiten selbst in ihrem Heimatland überhaupt nicht willkommen fühlen. Die britische Regierung hat die Anerkennung einer kleinen keltischen Minderheit in Cornwall verweigert, während Frankreich die Anerkennung der Bretagne als Heimat einer Minderheit, die die bretonische Sprache spricht, abgelehnt hat. Auch die Mazedonier in Griechenland sind, wie die Kurden in der Türkei, weiterhin nicht anerkannt. In Bulgarien sind Minderheitenparteien verboten, so dass die türkische Minderheit gezwungen ist, sich durch die großen Parteien vertreten zu lassen. Erzwungene Assimilation hat in jedem Land auch politische Auswirkungen. Kurzfristig wird eine mangelnde Anerkennung dazu führen, dass unzufriedene Gruppen und soziale Unruhe entstehen, langfristig verhindert sie den sozialen Zusammenhalt. Deshalb ist staatliches Handeln, das die Bedürfnisse des Staates nach Herstellung sozialer Einheit mit dem



Abb. 2 Einschlägige Literatur in der Bibliothek des ECMI

Bedürfnis von Minderheiten, anders zu bleiben, in Einklang bringt, auch im 21. Jahrhundert noch relevant.

Warum Minderheiten im 21. Jahrhundert?

Vor dem Hintergrund von Wirtschaftskrisen, Umweltkatastrophen und regionalen Konflikten wegen knapper Rohstoffe, die in vielen Teilen der Welt wüten und der unsicheren Zukunft der Demokratie in unmittelbarer Nachbarschaft Europas kann man sich fragen: Haben wir im 21. Jahrhundert Zeit, uns Sorgen um den Minderheitenschutz zu machen? Es gibt viele Themen, die dringlicher scheinen als der Schutz des Rechts, anders zu sein und nicht angepasst zu werden. Die Krisen der heutigen Zeit betreffen jedoch häufig auch Minderheiten. Teilweise stehen Minderheiten im Kern der Krise, teilweise sind sie nur am Rande betroffen. Wenn Minderheiten in einfachen Behausungen in der Nähe von Fabriken leben, die unter Umweltgesichtspunkten höchst fragwürdig sind, sind sie im Fall eines Unfalls die ersten, die darunter leiden. Dies ist im Fall der Roma-Gemeinden in vielen Teilen Osteuropas und bei den Samen in Kiruna in Nordschweden der Fall. In Afrika kämpfen Warlords um Öl und Diamanten und machen Minderheiten zum Sündenbock, so dass diesen nur die Möglichkeit bleibt, zum Schutz

an die Küsten Europas zu fliehen. Darüber hinaus geht es auch im sogenannten Arabischen Frühling um Minderheiten, die in Europa enden werden, wenn in die neuen Verfassungen keine Menschenrechte und Bestimmungen zum Minderheitenschutz aufgenommen werden. Die Christen in Ägypten befinden sich jetzt in einer sehr unklaren Situation, die sich auf die zukünftige Politik in Europa auswirken könnte. Andere Szenarien, die wir heute noch nicht kennen, könnten eintreten. Es scheint für Europa keinen Ausweg zu geben, wenn diese Minderheiten vor unseren Toren stehen und an unsere Tür klopfen.

Für Europa geht es darum, wie man den sozialen Zusammenhalt in einer zunehmend vielfältigen Welt sichern kann. Die Themen, um die es im 21. Jahrhundert im Minderheitenschutz geht, können wie folgt zusammengefasst werden:

- Wie kann man zunehmende Vielfalt mit sozialem Zusammenhalt in Einklang bringen?
- Wie bringt man verschiedene Werte in homogenen Gesellschaften unter?
- Wie stellt man sicher, dass alle Kräfte genutzt werden, besonders in Krisenzeiten?
- Wie teilt man die Last, besonders in Krisenzeiten?

Es gibt auf diese Fragen keine einfachen Antworten. Europa hat sich jedoch geeinigt, Minderheiten zu schützen, und die EU hat sich entschieden, dass die Wahrung der Rechte von Minderheiten die Norm sein soll. Das bedeutet, dass eine gute Basis geschaffen wurde. Natürlich müssen staatliche Grundsätze und staatliches Handeln an die sich ständig ändernden Bedingungen angepasst werden. Deshalb ist es so wichtig, dass diejenigen, die die Politik gestalten, die Minderheitenfragen des 21. Jahrhunderts verstehen.

Hier ein paar Vorschläge zur Beantwortung dieser Fragen:

Der rechtliche Rahmen zum Schutz und zur Förderung der Kultur von Minderheiten ist ein guter Ausgangspunkt für den Umgang mit den ersten beiden Aspekten, der Förderung von Vielfalt und pluralen Werten. Er sorgt dafür, dass Unterschiede geschützt werden, einschließlich verschiedener Religionen und Kulturen. So kann eine gute Umsetzung eines zeitgemäßen rechtlichen Rahmens durch nationales staatliches Handeln Vielfalt und Pluralismus unterstützen. Das soll nicht heißen, dass der rechtliche Rahmen perfekt ist. Es gibt immer Verbesserungspotential. Es kann sogar sinnvoll sein, das Konzept vom sozialen Zusammenhang vor dem Hintergrund des sozialen Wandels zu überarbeiten. Anstatt die Vielfalt in Frage zu stellen, die eine Tatsache ist, sollte man vielleicht eher das Verständnis von Zusammenhalt hinterfragen.

Der rechtliche Rahmen schreibt über Artikel 15 des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten auch Teilhabe vor. Das bedeutet, dass Minderheiten nicht nur an ihren eigenen Angelegenheiten, sondern auch an allgemeinen regionalen Angelegenheiten beteiligt werden sollen. Hier geht es

um mindestens drei Aspekte. Erstens bedeutet die Teilhabe aller Mitglieder der Gesellschaft, dass es mehr Möglichkeiten gibt, Kräfte zu bündeln, um für Krisenzeiten gerüstet zu sein. Wenn sich mehr Menschen am Denkprozess beteiligen, bedeutet dies auch mehr Lösungen, die in die Willensbildung einfließen. Zweitens bedeutet Teilhabe auch, dass das vor Ort vorhandene Wissen genutzt wird, wenn das zentralisierte Wissen nicht weiterhilft. Das Wissen der Minderheiten über ihre eigene Region ist wahrscheinlich relevanter als das auf zentraler Ebene verfügbare Wissen. Dies konnte bereits im Bereich der Ureinwohner Alaskas beobachtet werden und wird zurzeit in Nordskandinavien mit den Samen im Bereich des Bodenmanagements getestet. Drittens herrscht heute weitgehend Einigkeit darüber, dass die Minderheiten in der Lage sind, ihre eigenen Angelegenheiten im Bereich von Bildung und Kultur selbst zu verwalten. Es gibt in vielen Regionen Europas Belege dafür, dass Minderheiten sehr gut in der Lage sind, ihre Schulen, Sportvereine, Altersheime etc. zu verwalten.

Teilhabe bedeutet auch, dass man die Last der Verwaltung von Gesellschaften teilt. Der beste Weg, um Lasten zu teilen, ist es, Fahrpläne dafür zu entwerfen, wie diese geteilt werden können. Die deutschsprachige Minderheit in Südtirol befindet sich seit Beginn der Wirtschaftskrise in Italien mit der Zentralregierung in Verhandlungen. Normalerweise erhält Südtirol 90 Prozent aller Südtiroler Steuereinnahmen. Diese Zahl wurde von Premierminister Mario Monti als Teil des Lastenausgleichs in Italien in Frage gestellt. Die Verhandlungen zwischen Rom und Bozen können noch lange andauern. Aber es ist wichtig festzuhalten, dass zum „Verhandeln“ immer mindestens zwei Parteien gehören. So sitzen in Italien Vertreter der deutschsprachigen Minderheit mit am Tisch.

Schlussfolgerungen

Es gibt eine Redewendung unter Minderheitsexperten: „Zeig mir, wie du mit deinen Minderheiten umgehst, und ich sage dir, was für eine Demokratie du hast.“ Tatsache ist, dass sich Europa für die Demokratie entschieden hat und sich Europa demografisch aus vielen Minderheiten zusammensetzt. Europa konnte wie der Strauß seinen Kopf in den Sand stecken oder sich entscheiden, den Fakten ins Auge zu sehen. Europa hat sich für die letzte Option entschieden. Es gibt einen guten rechtlichen Rahmen für Menschen- und Minderheitenrechte. Deutschland hat alle Konventionen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Minderheiten unterzeichnet und hat sowohl intern als auch extern eine lange Tradition des Minderheitenschutzes. Die drei bedeutendsten internationalen Experten zu Minderheitenfragen sind Deutsche: Prof. Rainer Hofmann (Frankfurt) war bis vor kurzem Präsident des Beratenden Ausschusses zum Rahmenüberkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten. Prof. Stefan

Oeter (Hamburg) ist Vorsitzender des Unabhängigen Expertenkomitees für die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarats und Prof. Heiner Bielefeldt (Erlangen-Nürnberg) ist UN-Sonderberichterstatler über Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Darüber hinaus hatte Deutschland den Vorsitz des intergouvernementalen Ausschusses zu nationalen Minderheiten (DH-MIN) im Europarat inne. Schließlich, anders als andere Staaten in Europa, hat Deutschland zwei Minderheitenbeauftragte, den Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten sowie in Schleswig-Holstein die Minderheitenbeauftragte des Ministerpräsidenten. Dies sind die Fakten.

Anmerkungen

- 1 Druckfassung eines Gastvortrages beim Kreisparteitag der CDU am 24. Oktober 2013 in Flensburg.
- 2 Auswärtiges Amt: „Länderverzeichnis für den amtlichen Gebrauch in der Bundesrepublik Deutschland“, Stand: 16.10.2013, Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/373538/publicationFile/182073/Laenderverzeichnis.pdf>
- 3 Generalversammlung der Vereinten Nationen: „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“, Deutschland, Schweiz, Österreich, Generalversammlung der Vereinten Nationen, Resolution 260 A (III) vom 9. Dezember 1948. Datum des Inkrafttretens: 12 Januar 1951. Quelle: <http://www.uni-marburg.de/icwc/dateien/voelkermordkonvention.pdf>
- 4 Auswärtiges Amt: „Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966“, 19. Dezember 1966, Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/360794/publicationFile/3613/IntZivilpakt.pdf>
- 5 Generalversammlung der Vereinten Nationen: Quelle: „Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören“, Generalversammlung – 47. Tagung, Quelle: <http://www.un.org/Depts/german/uebereinkommen/ar47135.pdf>
- 6 Internationale Arbeitsorganisation: „ILO Kernarbeitsnormen- Die Grundprinzipien der ILO“, Quelle: <http://www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards/kernarbeitsnormen/lang-de/index.htm>
- 7 Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften: „RICHTLINIE 2000/43/EG DES RATES vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft“, 19. Juli 2000, Quelle: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2000:180:0022:0026:de:PDF>
- 8 Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften: „RICHTLINIE 2000/78/EG DES RATES vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf“, 21. Februar 2000, Quelle: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2000:303:0016:0022:de:PDF>

Nationale Minderheiten und Grenzregionen

ECMI Summer School 2013 in Flensburg

von LEVKE BITTLINGER

Levke Bittlinger ist Doktorandin im Fach Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie an der Universität Göttingen und forscht über die dänische Minderheit in Südschleswig – eine Thematik, die sie bereits in ihrer Magisterarbeit beschäftigt hat. Im vorliegenden Beitrag bietet sie aus der Sicht einer Teilnehmerin einen zusammenfassenden Bericht über die diesjährige Summer School des European Centre of Minority Issues (ECMI). 29 Nachwuchswissenschaftler/innen aus 22 Ländern studierten in Flensburg unter fachkundiger Leitung die komplexe Situation nationaler Minderheiten in Grenzregionen.

Die Redaktion

Einleitung

Im August 2013 fand zum dritten Mal ein Sommerkurs im European Centre for Minority Issues in Flensburg statt (siehe Bericht aus dem Vorjahr in GFH 4/2012). Dieses Jahr beschäftigten sich 27 Referenten und Referentinnen sowie 29 teilnehmende Nachwuchswissenschaftler/innen aus 22 Ländern mit Minderheiten in Grenzregionen weltweit. Im Gegensatz zum letzten Jahr dauerte die Veranstaltung zehn statt sieben Tage und hatte einen Teilnehmer/innenzuwachs von gut 50 Prozent.

Die Dynamiken von Konflikten in Grenzregionen, Konfliktlösung und Minderheitenrechte waren dieses Jahr die Schwerpunkte des Kurses, weil auch 14 Stipendiaten der Robert Bosch Stiftung aus Südosteuropa und dem Kaukasus am Sommerkurs teilnahmen. Weitere Themen waren Minderheitentheorien, politische Partizipation von Minderheiten, Minoritäten in spannungsreichen und konfliktträchtigen Grenzgebieten, Sprachgrenzen, Autonomieregionen sowie das deutsch-dänische Grenzland mit seiner Vorbildfunktion für andere Minderheiten.

Ein Tag des Sommerkurses wurde für eine Exkursion nach Föhr genutzt, die vom Ministerpräsidenten Albig finanziell unterstützt wurde. Dort präsentierte Prof. Kai Faltings kurz das Angebot der privaten Ferring-Stiftung, die Forschung über die Friesen unterstützt. Anschließend folgte eine Inselrundfahrt per Bus, bevor die Gruppe sich selbstständig ein Bild von der Insel Föhr machen konnte.

Ein anderer Nachmittag stand für ein kurzes Zusammentreffen mit den Studierenden der Summer School „Debating separatism in Europe“ der Syddansk Universitet Sønderborg und der Universität Flensburg zur Verfügung. Es wurde gemeinsam ein Film über Roma-Flüchtlinge in Kanada angeschaut, allerdings blieb kaum Zeit für eine Kennenlernrunde und den inhaltlichen Austausch mit dem anderen Sommerkurs.

Die diesjährige Summer School zum Thema Nationale Minderheiten und Grenzregionen bot allen Beteiligten eine internationale Perspektive, da es Gäste aus Europa, Nordamerika, Afrika und Asien mit sehr unterschiedlichen fachlichen Hintergründen gab, was zu einem fruchtbaren Austausch während der Veranstaltung im Kompagnietor und in der Universität Flensburg führte. Tove H. Malloy, Leiterin des ECMI Flensburg, betonte in ihrer Begrüßungsansprache deshalb, dass es gerade für das ECMI am Standort Flensburg, also in einer akademischen Randlage, wichtig sei, ein internationales Netzwerk zu anderen Forscherinnen und Forschern aufzubauen.

Inhaltliche Kernpunkte der Summer School

Einleitend präsentierte Jørgen Kühl, Vorstandsvorsitzender des ECMI und Direktor der A.-P.-Møllerskolen in Schleswig, den internationalen Gästen die Besonderheiten der Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland. Einleitend war dieser Vortrag nicht nur, weil er am Anfang der Summer School stand, sondern auch, weil allen Teilnehmenden deutlich wurde, warum die heutige Minderheitensituation im ehemaligen Herzogtum Schleswig für andere Regionen Vorbildcharakter haben kann und warum der Sommerkurs deshalb in Flensburg stattfindet. Einleitend war Kühls Vortrag besonders aber auch, weil darin die immer wiederkehrenden essentiellen Aspekte der Minderheitenforschung angesprochen wurden.

Zu den Kernpunkten für die Sommerkursteilnehmenden gehörte als erstes die Erkenntnis, dass keine zufriedenstellende und allgemeingültige Definition von „ethnischer Minderheit“ möglich ist, so Jennifer Jackson Preece von der London School of Economics. Die Konzepte von Minderheiten seien sehr unterschiedlich, das gelte auch für die nationalen Auffassungen von Minderheiten: Frankreich als egalitärer Zentralstaat gehe von der Gleichheit aller Bürger und damit der Nichtexistenz von Minderheiten aus. Andere Staaten hätten klare Definitionen ihrer Minderheiten erarbeitet, die aber untereinander keineswegs gleich sind. Einige Staaten gingen im Unterschied zu Frankreich davon aus, dass Egalität nur durch Differenzieren und anschließenden gezielten Ausgleich von Ungleichheit hergestellt werden könne, erklärte Annelies Verstichel, Rechtswissenschaftlerin und Diplomatin aus Belgien. Sie nannte konkret das Beispiel der dänischen



Die Teilnehmer/innen an der ECMI Summer School 2013 mit der Direktorin des ECMI, Dr. Tove H. Malloy (l.) und ihrem Mitarbeiter William W. McKinnney (r.). In der Mitte als Gäste die Minderheitenbeauftragte des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Renate Schnack, links neben ihr die Flensburger Stadtpräsidentin Swetlana Krätschmar

Minderheit in Südschleswig, die durch die Befreiung von der 5-Prozent-Klausel bei Landtagswahlen nicht bevorzugt werde, sondern nur diejenigen Rechte bekomme, die ihr fehlten und die die Mehrheitsgesellschaft durch ihre numerische Majorität schon habe. Ungeklärt blieb hier allerdings erneut die Grundfrage: Wie definiert man Minderheit und – daraus folgernd – welcher Art von Minderheit(en) soll man diese Privilegien zum Ausgleich von Ungleichheit zugestehen? Jackson Preece forderte die Wissenschaftler/innen und Studierenden auf, sich mehr auf die ablaufenden Prozesse im Zusammenhang mit Minderheiten zu konzentrieren, anstatt nach Definitionen zu suchen.

Das zwangsläufige Fehlen einer universell gültigen Definition von „Minderheit“ führe zu großen Problemen beim internationalen Umgang mit Minderheitenrechten, so David J. Galbreath, Professor für Internationale Sicherheit von der University of Bath. Allerdings lernten die Teilnehmenden im Verlauf des Kurses auch, dass eine fehlende Definierbarkeit nicht unbedingt auch fehlender Minderheitenschutz bedeuten muss.

Alexander Chworostov, Center for Comparative Eurasian Studies and Surveys in Wien, ergänzte, dass es in der Wissenschaft nicht nur keine Definition von „Minderheit“ gebe, sondern auch keine akzeptable, universelle Begriffsbestimmung von „Grenze“, „Nation“ oder „Ethnie“.

Erforschung von Minderheiten und Zugehörigkeiten

Die Vortragenden Kühl, Jackson Preece und Verstichel rieten den Minderheitenforschenden dringend vom Denken in Schwarz-Weiß-Kategorien ab. Minderheiten würden bisher häufig als feststehende Konstrukte angesehen, was zu einer gedanklichen Einschränkung führe, so Jackson Preece. Sie plädierte für eine Sichtweise, in der Minderheiten fließende, dynamische, kontextuelle, subjektiv und individuell verhandelte Gebilde seien, die in Anlehnung an Benedict Anderson imaginiert würden. Minderheiten hätten keine klaren Zugehörigkeitsgrenzen. Grenzen könnten zwar die politische Partizipation von Gruppen sichern, so Verstichel, aber Definitionszwänge würden oftmals problematische Konsequenzen nach sich ziehen, wie Sergui Constantin, rumänischer Forscher am Institut für Minderheitenrechte in Bozen, anschaulich am Beispiel Südtirols vor Augen führte. Dort sei – im Unterschied zur Situation in Südschleswig – jeder Bürger gezwungen, sich für eine ethnische Gruppenzugehörigkeit zu entscheiden, auch wenn man das nicht wolle oder könne, weil man sich beispielsweise keiner der vorgegebenen Gruppen eindeutig zugehörig fühle. Anhand dieser erhobenen Daten würden Stellen besetzt und (Bau-)Genehmigungen nach Quoten verteilt; auch politische Wahlen fänden nach ethnischen Kategorien statt. An dieser Stelle des Kurses wurde somit auch das Thema Ethnobusiness angeschnitten, bei dem es um die ökonomischen Vorteile für Individuen bestimmter ethnischer Zugehörigkeit geht sowie um die wirtschaftlich bedingten Wechsel der Mitgliedschaft in einer Minorität.

Ein Hervorheben und Definieren von einzelnen Gruppen und ihren vermeintlichen Unterschieden könne Vorteile in bestimmten Systemen der politischen Partizipation und Repräsentation mit sich bringen. Allerdings könnten ebenso neue Ungerechtigkeiten, z. B. die Überrepräsentation einiger Minderheiten im Parlament, entstehen, hebt Andrea Carstocea, ECMI Flensburg, hervor. Sie warnt in diesem Zusammenhang vor dem Risiko, in eine alte essentialistische Denkweise zu verfallen, die einen Keil zwischen einzelne Volksgruppen treiben könne. Die sogenannte positive Diskriminierung könne auch in Neid, Missgunst oder eben Ethnobusiness umschlagen.

Ein elementarer Aspekt für einen guten Umgang mit Minderheiten ist, so kann man aus dem Sommerkurs schließen, die Frage nach der Definition der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe. Als vorbildlich, aber auch manchmal Zweifel hervorbringend erscheint das Gesinnungsprinzip, wie es im deutsch-dänischen Grenzland gelte. Dieses Konzept erlaube, so Kühl, Wechsel, Veränderungen und graduelle Abstufungen von Zugehörigkeit. Auch Giorgi Sordia, Wissenschaftler aus Georgien, betont die Wichtigkeit des Minderheitenschutzes, der Nicht-Diskriminierung, Vereinigungsfreiheit, freie Meinungsäußerung, Zugang zu Medien und Bildung sowie grenzüberschreitende Kooperationen umfasse.

Integration oder Segregation?

Ein im Laufe der Summer School häufig diskutierter Punkt war die Frage nach Integration oder Segregation von Minderheiten. Kühl betonte die Vorteile der Segregation am Beispiel der dänischen Minderheit, die eine Art Parallelgesellschaft mit eigenem System und mit kultureller und funktionaler Autonomie habe. Diese Segregation führe zur Integration in die Mehrheitsgesellschaft. Allerdings kann Abgrenzung aus Angst vor Assimilierung auch zu Diskriminierung und zu Nachteilen führen. Es blieb in den Gruppendiskussionen offen, ob Abgrenzen eine Lösung sein kann. Die Roma in Ungarn beispielsweise fühlen sich ausgegrenzt und wollen keine Separierung von der Mehrheitsgesellschaft. Führt aber ein Zusammenleben zu Assimilation und was hätte das für Konsequenzen? Welche Art und welches Ausmaß von Segregation können sinnvoll sein? Wären Bilingualismus und bilinguale Schulen für Minderheits- und Mehrheitsangehörige umsetzbar und sinnvoll? Ist Separierung kompatibel mit Gleichheit und besteht bei Abgrenzung nicht die Gefahr der Stereotypen- und Vorurteilsbildung, worauf auch die Podiumsdiskussion mit Vertretern der SSWUngdom, der Jugendorganisation des Südschleswigschen Wählerverbandes, hindeutete?

Abgrenzung und Grenzen

Reale und imaginierte Grenzen zwischen Gruppen, aber auch politische Staatsgrenzen, die Menschen physisch oder gedanklich voneinander trennen, wirken sich sozial, ökonomisch und kulturell aus, wie das Beispiel der wenig durchlässigen, dafür aber spannungsreichen EU-Außengrenze zwischen Estland und Russland zeige, so Alexander Osipow, russischer Forscher am ECMI Flensburg. Grenzen strukturierten Räume und bedingten ganz unterschiedliche Erfahrungen und Wahrnehmungen, schloss Jernej Zupančič aus Ljubljana anhand von slowenischen Beispielen an. Im Unterschied dazu und mit einer internationalen Perspektive seien die Grenzen im deutsch-dänischen Grenzland geradezu spannungsarm, da es dort nur wenige ideologische, wirtschaftliche, rechtliche und politische Unterschiede gebe, betonte Osipow.

Michael Schack von der Industrie- und Handelskammer Flensburg sieht aus wirtschaftlicher Betrachtungsweise dagegen noch viele Probleme im deutsch-dänischen Grenzland. Beispielsweise bemängelt er die im Vergleich zu wirtschaftlichen und demografischen Prozessen viel zu langsame politische Entwicklung sowie eine fehlende Planungs Kooperation in Sachen Infrastruktur, Forschung, Rentenversicherung und Energieversorgung zwischen Berlin/Kiel und Kopenhagen. Die grenzüberschreitende wirtschaftliche Zusammenarbeit habe noch großes Verbesserungspotential, besonders was gemeinsame, regionale Projekte für den überregionalen Absatzmarkt angehe. Schack forderte eine

bessere Ausbildung in der Region, die den Wegzug vieler junger, gut ausgebildeter Menschen verhindern könnte. Er grenzte sich nach außen hin ab, indem er sich gegen die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland aussprach. Begründen konnte er dies gegenüber den kritischen Nachfragen der Zuhörenden nicht.

Konfliktlösung

Die Schlussfolgerung der Vorträge, Gruppenarbeiten, des Planspiels und der Diskussionen zum Thema Konfliktlösung ist, dass Probleme möglichst durch gegenseitiges Kennenlernen und Gespräche behoben werden sollten und nicht mit Gewalt. Das war auch die zentrale Aussage, die der britische Konfliktlösungstrainer und Forscher Scott Jones im Workshop zum Thema Konfliktlösung, Eskalation und Deeskalation den Sommerkursgästen vermittelte.

Der erste Schritt in Richtung Problemlösung sei die Konfliktanalyse. Dabei unterschied Jones zwischen Interessenkonflikten, zwischenmenschlichen Konflikten, Prozesskonflikten und strukturellen Konflikten.

Als positiv für die Lösung von Konflikten, in die Minderheiten involviert sind, habe sich die Existenz und der ausgleichende Einfluss von sogenannten kin states (Zugehörigkeitsstaaten) herausgestellt, so Kühl und auch Zora Popova vom ECMI Flensburg. Ebenfalls würden positive Anreize von außen helfen, wie beispielsweise die Aussicht auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union, fügte Galbreath hinzu. Unterschiedlich erfolgreich und wirksam seien dagegen die Versuche der Einflussnahme von internationalen staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen in Krisengebieten mit dem Ziel eine geopolitische Sicherheit zu schaffen. Europäische Initiativen zum Minderheitenrecht wären in Krisengebieten effektiver, wenn sie in Übereinstimmung mit internationalen Normen stünden, wenn sie breiter und tiefgehender agieren würden und inhaltliche Überschneidungen zwischen den Organisationen besser abgesprochen wären. Auch seien nicht alle Staaten mit Krisenregionen offen für Interventionen von außen. Ohne den wirklichen Willen eines Staates, seine Minderheiten zu schützen, nützten die Programme von außen nichts, verdeutlichte Popova. Hans-Georg Heinrich, emeritierter Wiener Politikwissenschaftler, fügte aufgrund seiner Erfahrungen auf dem Balkan hinzu, dass man keine Lösungen von außen aufzuzwingen brauche. Denn es führe zu nichts, wenn man regionale Geschichte, Vorstellungen und Traditionen ignoriere. Man solle stattdessen auf lokales Wissen zurückgreifen und Hilfe zur Selbsthilfe bzw. Selbstlösung eines Konfliktes anbieten. Große Erklärungen und Richtlinien alleine reichten nicht, es müsse sich vor allem im Alltag der Menschen etwas ändern, und auch kleine Minderheitengruppen müssten unbedingt in alle Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden, rät Heinrich.

Wichtig sei laut Galbreath auch, zu untersuchen, ob Initiativen nur Richtlinien und Empfehlungen sind oder ob davon auch konkret vor Ort etwas umgesetzt werde. Hauptfaktoren, die in einigen Staaten die Implementierung von Minderheitenrechten verhinderten, seien des Weiteren, so Popova in ihrem Vortrag, die Angst der herrschenden Mehrheit vor Macht- und Sicherheitsverlust, fehlende öffentliche Strukturen und rechtliche Rahmenbedingungen, Sprachbarrieren, Vorurteile, mangelhafte Infrastruktur sowie vermeintlich fehlende Relevanz der Minderheitengruppe. Weitere Gründe für fehlende Minderheitenrechte könnten nicht vorhandene Selbstidentifikation als Minderheit (z. B. bei Russen im Baltikum) oder eine wirtschaftlich schlechte Ausgangslage sein. Hanna Vasilevich, ECMI Flensburg, nannte die diskriminierten Ukrainer, Weißrussen und Litauer in Polen, wo die Minderheitenrechtssituation noch nicht ideal sei. Schwierigkeiten mit der Anerkennung als eigene Volksgruppe hätten auch Minderheiten in Frankreich und Spanien, wie der baskische Rechtswissenschaftler Eduardo J. Ruiz Vieyetz darstellte.

Chancen betonen

Es gebe Regionen und Staaten – dazu gehöre auch Schleswig/Sønderjylland –, die die Existenz von Minderheiten nicht als Bedrohung oder Problem ansähen, sondern als Mehrwert für alle, erläuterte Osipov. Zweisprachige Ortsschilder, so der ECMI-Forscher, dienten ja nicht nur der Minderheit, sondern auch dem Tourismus und damit der Wirtschaft. Ergänzen ließe sich hier ebenso die interkulturelle Kompetenz und die Zweisprachigkeit von Minderheitenangehörigen; beides stelle großes soziokulturelles Kapital dar, weitet Zupančič aus. In eine ähnliche Richtung ging die Empfehlung von Schack an politische und wirtschaftliche Akteure: Vermehrt sollten die Vorteile und die ökonomischen Chancen, speziell der Minderheitenregion deutsch-dänisches Grenzland, hervorgehoben und genutzt werden, anstatt ausschließlich über Probleme zu reden.

Zukünftige Herausforderungen

Aus den Vorträgen der Summer School kristallisierten sich die zukünftigen Herausforderungen der Minderheiten heraus. Dazu zählt erstens das Problem der immer wieder geäußerten Zweifel an der Glaubwürdigkeit frei wählbarer ethnischer Zugehörigkeiten und deren Intensitäten. Zweite Herausforderung ist der Zulauf und die Integration von Mehrheitsangehörigen zur Minderheit (so beim Beispiel der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig). Das dritte Thema ist die Zunahme von Bindestrichidentitäten statt striktem Denken in festgelegten Kategorien (Kühl), wobei wir hiermit wieder am Anfang,

nämlich bei den neuen Denkkonzepten in der Wissenschaft wären, die auch für die breite Öffentlichkeit hilfreich sein könnten. Das würde eine Abkehr vom Denken in starren Kategorien und ein Öffnen hin zur Betrachtung und Analyse von Prozessen bedeuten.

Für die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) sieht dessen Direktor Jan Diedrichsen, Vertreter der deutschen Minderheit in Kopenhagen, die Segregationsbestrebungen einiger FUEV-Mitgliedsgruppen, z. B. der Schotten, der Waliser und der Katalanen, als eine Herausforderung der nächsten Jahre an, da die FUEV als Dachorganisation von 94 Minderheiten vorschreibe, dass ihre Mitglieder keine bestehenden Staatsgrenzen verändern wollen.

Adrian Schäfer-Rolffs, Universität Hamburg, forderte für die Zukunft mehr Forschung über Minderheiten auf der Mikroebene mit einem „bottom-up“-Ansatz, anstatt Institutionen nur von oben, also top-down zu betrachten. Konkret schlug er vor, den Fokus auf die individuellen Akteure der Minoritätsgruppen zu legen und diese als handelnde Subjekte zu behandeln, die direkt von Minderheitenrechten betroffen seien, diese wahrnehmen und umsetzen und die in ihrem Alltag mit Minderheiteninstitutionen umgehen würden.

Fazit

Als Fazit der Summer School 2013 ist festzuhalten:

1. Es kann keine allgemeingültige Minderheitendefinition geben.
2. Klare Bestimmungen, wer zu einer bestimmten Minderheit gehört und wer nicht, können einige positive Auswirkungen mit sich bringen, aber die negativen Konsequenzen überwiegen. Dies gilt auch für Grenzen jeglicher Art, seien es physische, politische, soziale, ethnische oder andere.
3. Hervorzuheben bleibt, dass es keine Musterlösung für alle Minderheitensituationen gibt; beispielsweise kann in einigen Fällen mehr Integration, in anderen mehr Segregation angemessener sein. Gute Vorbildkonzepte müssen nicht auch auf alle anderen Fallbeispiele passen. Die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Systeme, Voraussetzungen, Ziele und Wünsche sollten bei der individuellen Lösung von Minderheitenproblemen berücksichtigt werden. Allerdings sollte man sich viele Fallbeispiele ansehen, denn davon können wir lernen, Gegebenheiten differenziert zu betrachten und Konflikteskalationen zu vermeiden.

Abkürzungen: BDN: Pressemitteilung des Bundes Deutscher Nordschleswiger, DR: Danmarks Radio, FLA: Flensburg Avis, FT: Flensburger Tageblatt, GFH: Grenzfriedenshefte, JP: Morgenavisen/Jyllands-Posten, JV: Jydske Vestkysten, KD: Kristeligt Dagblad, MLSH: Medieninformation der Landesregierung Schleswig-Holstein, NDR: Norddeutscher Rundfunk, NFI: Pressemitteilung des Nordfriisk Instituut, NOS.: Der Nordschleswiger, SHZ: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag

Deutsche und dänische Politik

Bestes Wahlergebnis für die Schleswigsche Partei seit Jahrzehnten

Bei den Kommunalwahlen am 19.11. konnte die Partei der deutschen Minderheit (SP) in allen vier nordschleswigschen Großkommunen deutliche Stimmgewinne verzeichnen. In den 31-köpfigen Kommunalräten von Sonderburg und Tondern kommt man jetzt auf drei, in Apenrade auf zwei und in Hadersleben nach wie vor auf einen Sitz. Hatte die Parteispitze am Wahltag noch eine Wiederholung des guten Ergebnisses von 2009 als Ziel vorgegeben (NOS 19.11.), übertraf die Zunahme um 63,7% auf 8591 Stimmen die kühnsten Erwartungen. Dabei erreichte man in Hadersleben 2,7% (859 Stimmen, + 0,6% gegenüber 2009), in Tondern 7,5% (1618, + 2,6%), in Sonderburg 7,9% (3375, + 4,2%) und in Apenrade 8,4% (2739, + 1,6%). In den Stimmbezirken Bülderup, Tingleff (beide Kommune Apenrade) und Tondern/Überg war SP nach Venstre die zweitstärkste Partei, in den meisten Sonderburger Wahllokalen (darunter auch in Düppel), in Gravenstein (zu Sonderburg) und Lügumkloster (zu Tondern; hier nur knapp hinter den Sozialdemokraten) die drittstärkste Partei. Bemerkenswert waren die 2571 persönlichen Stimmen für Stephan Kleinschmidt (GFH 1/2013, S. 56) in

Sonderburg, der sogar mehr Stimmen zog als die bisherige Bürgermeisterin Aase Nyegaard. Viele Kommentatoren bemerkten, dass die deutsche Partei zunehmend auch für Nicht-Angehörige der Minderheit wählbar geworden sei.

In drei der vier Kommunen gibt es einen Wachwechsel: In Hadersleben wird künftig wieder H.P. Geil (Venstre) das Bürgermeisteramt bekleiden, in Apenrade sein Parteifreund Thomas Andresen. In Sonderburg wurde die bürgerliche Fællesliste von Aase Nyegaard von 8 auf 2 Mandate reduziert, so dass sich – mit Unterstützung eines breiten Bündnisses von den Konservativen bis zur linksalternativen Einheitsliste – der Sozialdemokrat Erik Lauritzen durchsetzen konnte; nachdem Kleinschmidt ein Angebot von Venstre und Dansk Folkeparti als Vizebürgermeister ausgeschlagen hatte (NOS 25.11.), wurde er zum Vorsitzenden des Ausschusses für regionale Entwicklung nominiert. Sonderburg ist künftig die einzige Kommune auf dem Festland in der Region Syddanmark, in der es keinen Venstre-Bürgermeister gibt. In Tondern wurde Laurids Rudebeck im Amt bestätigt. Gestärkt wurde auch Dansk Folkeparti, die in Apenrade mit Ejler Schütt künftig den Vizebürgermeister stellt. Erstmals ist die Einheitsliste in den Kommunalräten vertreten, nachdem sie vor allem auf Kosten von Socialistisk Folkeparti viele Stimmen gezogen hat.

Landesweit erlebten die in Apenrade und Hadersleben stark geschwächten Sozialdemokraten einen Rückgang um 1,1%, blieben aber stärkste Partei; auch die vier größten Kommunen des Landes werden weiterhin sozialdemokratisch regiert. Venstre (+1,8%) stellt jedoch künftig die meisten Bürgermeister, nämlich in 42 der 98 Kommunen.

Bei den gleichzeitig stattfindenden Regionswahlen wurde Carl Holst (Venstre) als Chef der Region Syddanmark bestätigt; Venstre stellt die stärkste Fraktion im Regionsrat (15 Mandate) vor den Sozialdemokraten (12) und Dansk Folkeparti (5). Drei Mandate gingen an die Konservativen, je zwei an Einheitsliste und Socialistisk Folkeparti, je eins an Radikale Venstre und Liberal Alliance. Auffallend war, wie wenig Aufmerksamkeit die Regionalwahlen im Vergleich zu den Kommunalwahlen auf sich zogen. Bezeichnenderweise wurde das Ergebnis auch erst nach den Kommunalwahlen ausgezählt. Im Vorfeld der Wahl waren wieder Stimmen laut geworden, welche die Abschaffung der 2007 geschaffenen fünf Regionen fordern. (BDN/NOS/JV 20.11. f.)

Deutsch-dänische Beziehungen

Weitere Initiativen für gemeinsames Wachstum

Bei einer Diskussion im Landtag bescheinigten Vertreter der Regierung der „Deutsch-Dänischen Region“ (GFH 1/2012, S. 266) ein bisher erfolgreiches Dasein als gemeinsames Wachstumszentrum. Allerdings sieht man auch noch erheblich mehr Entwicklungspotenzial (FLA 12.11.). – Bundesbildungsministerin Johanna Wanka und die dänische Unterrichtsministerin Christine Antorini gaben

eine gemeinsame Erklärung ab, wonach berufliche Qualifikationen künftig gegenseitig leichter anerkannt werden sollen (NOS 21.11.).

Grenzland und Europa

Krusau Zentrum für künftige Interreg-Planung

Die Koordination der Förderprojekte des 2014 anlaufenden Interreg-5A-Programms für grenzüberschreitende Zusammenarbeit soll von Krusau aus erfolgen. Die Förderregion umfasst künftig die gesamten Regionen Süddänemark und Seeland (mit den südlichen Inseln) und Schleswig-Holstein (NOS 25.10.).

Kindergeld für Ausländer vom ersten Tag an

Nach einer Weisung aus Brüssel sollen Arbeitnehmer aus dem europäischen Ausland in Dänemark künftig nicht erst nach zwei Jahren, sondern ab dem ersten Monat Kindergeld beziehen können (NOS 11.10.). Zudem stellte die EU-Kommission in einer eigens angestellten Untersuchung fest, dass die allermeisten der 113.000 EU-Ausländer in Dänemark aufgrund ihrer Arbeitstätigkeit im Lande leben. Den in der öffentlichen Debatte oft vorgebrachten Vorwurf des „Wohlfahrtstourismus“, also des Zuzuges zwecks Ausnutzung der hohen Sozialleistungen im Lande, konnte die Studie nicht bestätigen (NOS 25.10.).

Volkgruppen und Minderheiten

Minderheitenschutz im Koalitionsvertrag

Im Ende November veröffentlichten Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregie-

rung aus CDU/CSU und SPD wird unter Punkt 4.1. („Zusammenhalt der Gesellschaft“) ausdrücklich die Verpflichtung der Förderung der vier autochthonen Minderheiten in Deutschland (Friesen, süd-schleswigsche Dänen, Sinti und Roma, Sorben), der deutschen Nordschleswiger und der deutschen Minderheiten in Mittel- und Südosteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion genannt (NOS 29.11.).

25 Jahre Minderheitenbeauftragte des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten

Mit einem Festakt wurde in Kiel das 25-jährige Jubiläum der Einrichtung des Amtes der Minderheitenbeauftragten gefeiert. Dies war seinerzeit ein Novum in Europa. Die Festrede hielt der norwegische OSZE-Kommissar und frühere Außenminister Knut Vollebæk (FT/NOS/FLA 28.11.).

Bürgerinitiative für Minderheitenrechte wird weiterhin unterstützt

Nach der überraschenden Ablehnung der europäischen Bürgerinitiative „Minority Safepack“ durch die EU-Kommission (GFH 3/2013, S. 204) drängen die Verbände der Minderheiten die nationalen Regierungen – auch in Dänemark und Deutschland – zu minderheitenpolitischen Initiativen gegenüber Brüssel (FLA 2.10., NOS 25.11.). Dies wird auch von Politikern aus dem Grenzland unterstützt. Der Landtag kritisierte die Ablehnung mit großer Geschlossenheit (FLA 27.9.); auch forderte z.B. die Vorsitzende des Europa-Ausschusses im Folketing Eva Kjær Hansen (Venstre) die für die Minderheiten zuständige Unterrichtsministerin Christine

Antorini (Socialdemokratiet) zu einer klaren Stellungnahme auf (NOS 23.11.). Die schleswig-holsteinische Minderheitenbeauftragte Renate Schnack (SPD) erneuerte die Forderung nach der Einsetzung eines eigenen EU-Minderheitenkommissars (FLA 8.10.).

Haus der Minderheiten

Für die Einrichtung des Kompetenzzentrums für Minderheitenfragen in Flensburg wurden Landesmittel in Höhe von 75.000 € in Aussicht gestellt (FLA 23.11., vgl. GFH 2/2013, S. 130).

Investitionsmittel für deutsche Schulen

Nachdem die deutschen Minderheitsschulen wegen ihres privatrechtlichen Status zunächst nicht von den neuen Investitionsmitteln für Volksschulen profitieren konnten (GFH 3/2013, S. 204 f.), hat das Folketing nun eine Kompromisslösung gefunden und für 2014 3 Mio Kronen für die Erneuerung der Einrichtungen bereitgestellt. Im März will man eine permanente Lösung beschließen, damit die Schulen, die für die Minderheit prinzipiell alternativlos sind, den dänischen Volksschulen auch in Bezug auf die Gebäudesicherung gleichgestellt werden (NOS 13.11.). – Beim seit 2006 durchgeführten jährlichen Vergleich der Abiturnoten belegte das Deutsche Gymnasium für Nordschleswig den vierten Platz aller Gymnasien in Dänemark (NOS 5.11.).

Deutscher Tag

Mit zahlreichen Festansprachen und Veranstaltungen begingen die deutschen Nordschleswiger den jährlichen Deutschen Tag. Dieses Jahr stand er unter

dem Motto „Ein besseres Miteinander – für Nordschleswig stimmen“ (NOS 4./5.11.).

Bürgermeister gegen deutsche Namenszusätze

Der neu gewählte Haderslebener Bürgermeister H.P. Geil lehnte den von privater Initiative erneut vorgebrachten Vorschlag nach deutschen Namenszusätzen auf den Schildern der Kommune und einzelnen Ortstafeln mit der Begründung ab, dass dann auch andere Gruppen eigene Schilder fordern könnten und sich ein unüberschaubarer Schilderwald entwickeln könnte (NOS 28./29.11., s.a. GFH 4/2007, S. 271 ff.).

Jon Hardon Hansen neuer Vorsitzender des Sydslesvigsk Forening

Der 48-jährige Sylter Pastor Jon Hardon Hansen ist neuer Vorsitzender der Kulturorganisation der dänischen Südschleswiger. Überraschend musste sich der bisherige stellvertretende Vorsitzende, der als Vertrauter des nicht zur Wiederwahl angetretenen Dieter Paul Küssner gilt, bei der Generalversammlung in Husum einer Gegenkandidatin stellen: Gitte Haugaard-Werner erreichte immerhin 51 Stimmen gegenüber 78 für den neuen Vorsitzenden. Ministerpräsident Torsten Albig sagte Hansen in seinem Glückwunschschreiben seine Unterstützung für die Fortsetzung der bewährten und vertrauensvollen Zusammenarbeit zu (MLSH 10.11.). Verwunderung löste indessen aus, dass sich die Berichterstattung in Flensburg Avis (11.11.) weitgehend über die Umstände und Hintergründe der Kampfabstimmung ausschwiege (NOS 12.11., Leserbrief Thede Boysen (SPD) in FLA 19.11.).

CDU distanziert sich von Vorstoß der Jungen Union

Trotz des Urteils des Landesverfassungsgerichts (GFH 3/2013, S. 205 f.) beschloss die Junge Union Schleswig-Holstein eine neue Resolution, wonach der politische Minderheitenschutz im Landtag mit dem ersten SSW-Mandat abgegolten werden soll. Sowohl die neu gewählte CDU-Bundestagsabgeordnete für Schleswig-Flensburg, Sabine Sütterlin-Waack, als auch Landesparteichef Reimer Böge distanzieren sich deutlich von diesem neuen Vorstoß, von dem Böge sich „enttäuscht“ zeigte (FLA 24./27./28.9.). Die FDP hingegen erneuerte die Forderung nach Senkung der Landesmittel für die dänischen Schulen (FLA 30.11., s.a. GFH 3/2013, S. 206).

50 Jahre Studienabteilung

Studieafdelingen og Arkivet ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, die Forschungsabteilung der dänischen Minderheit, beging mit einer Fachkonferenz unter der Beteiligung vieler früherer Mitarbeiter ihr 50-jähriges Jubiläum (FLA 16.11.).

Fondsgabe für Friesen – wenig Geld aus dem Kreis

Das Nordfrisk Institut konnte sich über eine Gabe von 100.000 Kronen aus dem Slesvigsk Samfunds Fonds freuen. Bei einer Anhörung in Husum kam hingegen zur Sprache, dass die Friisk Forining vom Kreis Nordfriesland jährlich gerade einmal 1000 € für ihre Kulturarbeit erhält. Dabei wurde auch zur Sprache gebracht, dass die friesischen Sprachhochburgen immer stärker gefährdet sind: Eine Untersuchung auf Amrum hat ergeben, dass nicht einmal

mehr die Hälfte der Kinder der Öömrang Skuul Friesisch spricht, im Kindergarten ist der Anteil noch geringer. Dies wird vor allem mit dem arbeitsbedingten Fortzug jüngerer Einheimischer und dem Zuzug von nicht friesischkundigen Personen begründet (FLA 26.9./21.11.).

Matthäus Weiß weiterhin Vorsitzender des Landesrates der Sinti und Roma

Auf der Generalversammlung der schleswig-holsteinischen Sinti und Roma wurde der langjährige Vorsitzende Matthäus Weiß im Amt bestätigt (FLA 13.11.).

Wirtschaft und Soziales

Immer weniger deutsche Touristen in Dänemark

Der dänische Tourismusverband beklagt für den Zeitraum 1.10.2012-30.9.2013 einen Rückgang der Übernachtungen deutscher Gäste um 470.000 im Vergleich zum Vorjahr. Auch bei den Vorausbuchungen für das kommende Jahr zeichnet sich ein Minus ab. Bereits seit einigen Jahren sinkt die Zahl deutscher Feriengäste, die gerade in den strukturschwachen Küstenregionen einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor ausmachen, kontinuierlich (NOS 8.11., s.a. GFH 3/2013, S. 209). Im August machte man im Vergleich zum Vorjahresmonat sogar einen Rückgang von 15 Prozent aus (NOS 9.10.).

Dänischer Export wächst schneller als deutscher

Der deutsch-dänische Handel hat wieder ein Volumen wie vor Ausbruch der internationalen Finanzkrise 2007 erreicht. Die Ausfuhren von Dänemark nach Deutsch-

land stiegen 2012 um 5,5 Prozent, in umgekehrter Richtung um 4,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr (NOS 6.11.). Allerdings ist der Export von Deutschland nach Dänemark immer noch deutlich umfangreicher als jener von Dänemark nach Deutschland (NOS 10.10.). – Der private Import deutscher Waren aus dem Grenzhandel geht auch nach den jüngsten Abgabensenkungen ungebrochen weiter (FLA 14.10.).

Mehr Arbeitsaufwand für ehrenamtliche Politiker

Eine Studie von Det nationale Institut for Kommunernes og Regionernes Analyse og Forskning (KORA) kommt zu dem Ergebnis, dass sich der Arbeitsaufwand für die Kommunalpolitiker seit der Reform von 2007 deutlich erhöht hat. Die von 6700 auf 2500 reduzierten Ehrenämter in den von 271 auf 98 zusammengelegten Kommunen müssen immer komplexere Materialien bearbeiten und Entscheidungen von größerer Tragweite treffen (NOS 12.11.).

Schleswig-Holsteiner am glücklichsten

Eine im Auftrag der Deutschen Post vom Institut Allensbach erstellte Untersuchung kam zu dem Ergebnis, dass die Schleswig-Holsteiner innerhalb Deutschlands die glücklichsten Deutschen sind. Als Gründe werden u. a. weniger Stress und ein hoher Anteil an Wohneigentum genannt (FT 6.11.).

Wissenschaftler für Abwicklung der Kleininseln

Der Wirtschaftswissenschaftler der Universität Aalborg Jørgen Møller hat errechnet, dass die Bewohner der 27 kleinsten bewohnten Inseln in Dänemark den Staat

jährlich etwa 120.000 Kronen mehr kosten als der Durchschnittsdäne. Als Konsequenz schlug er die Abwicklung der Besiedlung vor. In Nordschleswig würde dies Aarø östlich vom Haderslebener Ness und Barsø vor dem Loitland betreffen. In der Region stieß der Gedankengang des Wissenschaftlers nicht überraschend auf völliges Unverständnis (KD 8.11., NOS 9.11.).

Fremdenangst in Nordschleswig

In einem Leitartikel mit dem Titel „Die Angst geht um“ kritisierte Gwyn Nissen eine zunehmende Fremdenangst auch in Nordschleswig. Konkret kritisierte der Chefredakteur des Nordschleswigers eine teilweise polemisch geführte öffentliche Debatte um den Ausbau der Moschee im Haderslebener Industriegebiet, die späte Erkenntnis der Kommune Apenrade, dass es für die vielen ausländischen Fernfahrer (die zudem zunehmend als Arbeitsplatzkonkurrenten angefeindet werden) am Transportcenter Pattburg bis vor Kurzem nicht einmal Toiletten gab, und die hinter verschlossenen Türen beschlossene Ablehnung des Umzuges eines ostafrikanischen christlichen Gemeindezentrums von Toftlund nach Apenrade (NOS 27.11.).

Demonstration gegen Hundegesetze

60 Demonstranten fanden sich am 29.9. am Grenzübergang Böglum ein, um gegen die umstrittenen Maßnahmen zur Tötung freilaufender, als gefährlich eingestufte Hunde in Dänemark zu protestieren (FLA 30.9., s.a. GFH 2/2013, S. 133).

Infrastruktur

Neue Hoffnung für Ausflugschifffahrt?

Mit einem neuen Interreg-Projekt „Ostsee-

routen“ versuchten eine Initiative u.a. aus der Stadt Flensburg und der Kommune Ærø sowie mehrerer Energieversorger, Umwelt- und Tourismusverbände, den seit dem Ende der zollfreien Einkaufsmöglichkeiten auf ein Minimum zurückgegangenen Personenschiffsverkehr im deutschen Ostseeraum wieder zu beleben (NOS 6.11./FLA 9.11.).

Verkehrsstörungen und Forderungen zum Ausbau der Verkehrswege

Nach monatelanger Teilspernung (GFH 3/2013, S. 210) ist die Rader Hochbrücke wieder für den Verkehr freigegeben worden (FT/FLA 9.11.). Die Erfahrung löste zahlreiche Forderungen nach Verbesserung der Nord-Süd-Verbindungen aus. Auch auf dem 30. deutschen Logistik-Kongress wurde der Ausbau der deutsch-dänischen Straßenverbindungen gefordert (NOS 26.10.). Die deutsch-dänische Verkehrskommission „String“ unter dem Vorsitz von Europaministerin Anke Sporendonk sprach sich zudem für schnellere Bahnverbindungen aus, wobei bis zur Eröffnung der Fehmarnbelt-Querung die Bahnen in Deutschland ausgebaut werden müssten (FT 27.9.). Der seit Jahren schwerste Herbststurm „Christian“ sorgte am 28.10. für Schäden in Milliardenhöhe; die elektrifizierte Eisenbahnstrecke zwischen Fredericia und Hamburg blieb über eine Woche gesperrt (FT 30.10.).

Fehmarn-Baugesellschaft betont Umwelt-Plus

Die Gesellschaft Femern A/S betont in ihren Gutachten, dass die feste Querung der Umwelt nutzen werden, wenn Flugreisende zwischen Kopenhagen und Hamburg auf die dann wesentlich schnellere

Eisenbahn umsteigen (NOS 28.10.). Derweil fordert laut Umfragen eine Mehrheit in Deutschland und Dänemark, dass die Querung nicht von den Steuerzahlern, sondern von den Nutzern finanziert werden sollte (FLA 27.9.).

Sprache, Bildung und Kultur

Millionen für deutsche Sprachprojekte

Die Region Syddanmark stellt 20 Mio Kronen aus ihrem Ausbildungsfonds für Projekte zur Verfügung, mit denen jungen Menschen die deutsche Sprache näher gebracht wird – als „Karriereschub“, wie es heißt. Bewerbungen werden bis Ende Mai 2014 entgegengenommen (NOS 18.10.). Derweil reißt die Kritik an den abnehmenden Deutschkenntnissen in Dänemark nicht ab. Zwar soll künftig, wenn die nächste Reform der Volksschule greift, schon ab Klasse 5 eine zweite Fremdsprache unterrichtet werden, wie es auf vielen Freischulen gehandhabt wird (teilweise mit einem noch früheren Start). Doch hat Deutsch noch immer ein Imageproblem als schwieriges Fach, so dass selbst bei guten Angeboten oft nur wenige Schüler Deutsch über das unmittelbar Erforderliche hinaus belegen (NOS 1./2./4. u. 11.10.; s.a. GFH 2/2013, S. 136).

Weitere Pläne für Europa-Universität

Auch nach Kritik an einer zusätzlichen Minderheiten-Professur und dem geplanten Ausbau des Flensburger Campus zu einer Europa-Universität versichert Schleswig-Holsteins Europaministerin Anke Spoorendonk, dass an diesem Projekt weitergearbeitet wird. Insbesondere im Bereich der Lehramtsausbildung wird die Zusammenarbeit zwischen der

Universität Flensburg und dem University College Syd (Esbjerg/Hadersleben) weiter ausgebaut (FLA 14.11.; s.a. GFH 2/2013, S. 136). Zudem soll die Universität aus Landesmitteln eine Professur für europäische Medienwissenschaften bekommen (FLA 8.10.). Die Fachhochschule Flensburg baut ebenfalls ihre europäischen Studiengänge aus (FT 9.10.). Auch mit der Syddansk Universitet wird weiterhin kooperiert; diese gilt ohnehin als die internationalste der dänischen Hochschulen, da allein hier 4.104 der etwa 10.000 ausländischen Studierenden in Dänemark eingeschrieben sind (s.a. GFH 3/2013, S. 211); diese haben der SDU in einer Qualitätsuntersuchung auch ein sehr gutes Zeugnis über die Betreuung und das spezielle internationale Angebot ausgestellt. Wie beim Kindergeld (s.o.) setzt europäisches Recht auch die Zahlung von Studienzuschüssen (Statens Understøttelse – SU) voraus; da sich die Staatsausgaben für SU an ausländische Studierende in den vergangenen Jahren verdoppelt haben, sprechen manche Politiker von einem drohenden Bildungstourismus (NOS 9.10.).

Kein Fraunhofer-Institut im Grenzland

Ehrgeizige Pläne für die Errichtung eines Fraunhofer-Instituts im grenznahen Bereich – im Gespräch war der Hochschulstandort Sonderburg (GFH 4/2012, S. 266) – sind einstweilen gescheitert, da sich die dänischen Wirtschaftsverbände nicht an der Finanzierung beteiligen wollten. Bei der Forschung in der Siliziumtechnik arbeitet das Mads-Clausen-Institut der Syddansk Universitet in Sonderburg allerdings bereits eng mit dem Itzehoer Fraunhofer-Institut zusammen (NOS 4.10.).

Breites Bündnis für Dorfschulen

Eine Initiative aus den ländlichen Distrikten in Schleswig-Holstein wehrt sich gegen die Schließung weiterer Schulen. Seit 2001 hat sich die Zahl der Grundschulen von 650 auf 374 (plus 74 als Abteilungen von Nachbarschulen weiterbetrie bene) Einrichtungen reduziert. Die Anzahl der Schüler ist in diesem Zeitraum um 22 Prozent gesunken und droht bis 2020 weiter zurückzugehen (FT 28.11., s.a. GFH 3/2012, S. 212).

Grenzüberschreitende Kulturkonferenz

Unter dem Motto „Kultur der Zukunft“ fand im Ecco-Center in Tondern die Regionalkonferenz zum Thema Kultur statt, auf der Ideen für die Zukunft der Region ausgetauscht wurden (NOS 7.11.).

Harsen für Aufnahme der Halligen ins Welterbe

Nordfrieslands Landrat Dieter Harsen sprach sich für eine vollständige Aufnahme der Halligen in das Welterbe Wattenmeer aus, da diese eine einzigartige Lebensform darstellen. Der Vorstoß wurde von vielen Seiten begrüßt, da ein solcher Status zur Zukunftssicherung der nicht eingedeichten Inseln beitragen kann (FLA 26.11.)

Danewerk noch älter als angenommen

Neue archäologische Untersuchungen im Bereich des unlängst aufgefundenen Tores haben ergeben, dass die historische Wallanlage noch deutlich älter als bisher vermutet ist und in ihren ältesten Teilen möglicherweise auf die Zeit um 500 n. Chr.

zurückgeht (FLA 27.9./10.10., s.a. GFH 2/2013, S. 136).

Handball-WM in Deutschland und Dänemark

Nachdem sich beide Länder zunächst getrennt um die Ausrichtung der Handball-Weltmeisterschaft 2019 beworben hatten (Deutschland war zuletzt 2007 Gastgeber, Dänemark 1978), beschlossen die beiden Verbände im September ein gemeinsames Vorgehen und erhielten den Zuschlag. Austragungsorte werden Herning und Kopenhagen (auch Ort des Endspiels) und die vier deutschen Millionenstädte sowie Kiel sein, nicht aber die eigentlich wegen ihres weiten deutsch-dänischen Einzugsgebiets prädestinierte Handballstadt Flensburg (FT/FLA/JV/NOS 29.10.).

Geschichte und Erinnerungsorte

Gedenken an Pogrome vor 75 Jahren

Mit einer unter anderem von Schülern des Flensburger Alten Gymnasiums gestalteten Gedenkfeier wurde der Opfer der Pogrome der Nacht vom 9. 11. 1938 gedacht, als auch die wenigen in der Fördestadt lebenden Juden brutalen Gewaltakten ausgesetzt waren. Auf dem jüdischen Friedhof am Friedenshügel erinnert nun ein Gedenkstein an die schrecklichen Ereignisse jenes Tages (FLA/FT 10.11.).

Landesmittel für Erforschung der Nachkriegskarrieren von NS-Funktionären

Für die Aufarbeitung der Geschichte von NS-Amtsträgern, die in Schleswig-Holstein nach Kriegsende ihre Karriere fortsetzen konnten, stellt das Land insgesamt 100.000 € bereit.

Halbe Million für virtuellen Rundflug über Schlachtfeld von Düppel

Die Region Syddanmark bewilligte dem „Universe“ auf Alsens eine halbe Million Kronen für die Entwicklung eines virtuellen Rundflugs über das Kampfgeschehen vom 18.4.1864 (FLA 27.9.).

Personalien

Bjarne Lønborg verließ Ende November seinen Posten als Chefredakteur von Flensburg Avis, den er seit 1990 innegehabt hatte. Damals war Lønborg, der zuvor bei der wichtigsten dänischen Nachrichtenagentur Ritzaus Bureau beschäftigt gewesen war, dem plötzlich verstorbenen Paul Weede im Amt gefolgt. Zahlreiche Vertreter aus Medien und Politik würdigten die Verdienste des 67-Jährigen, darunter seine Leitartikel zur deutschen Politik, die oft in dänischen Medien zitiert wurden (FLA 28.11.). Sein Nachfolger wird Jørgen Møllekær (GFH 2/2013, S. 138).

Mit *Poul-Erik Thomsen* trat am 31.10. eine weitere markante Journalistengestalt des Grenzlandes in den Ruhestand. Der Tingleffer Redakteur von Jyske Vestkysten war in den 1970er Jahren einer der schärfsten Kritiker der deutschen Minderheit, engagierte sich später jedoch verstärkt auch in deutsch-dänischen Angelegenheiten und für das gegenseitige Verständnis. Nordschleswiger-Chefredakteur Gwyn Nissen, zuvor ebenfalls Redakteur bei JV, bescheinigte Thomsen in seinem Leitartikel: „Und ob man Poul-Erik Thomsens spitze Feder mag oder nicht: Sie hat im deutsch-dänischen Grenzland etwas bewegt. Zum Positiven hin.“ (NOS 31.10.).

Heinrich Schultz, früherer Vorsitzender des Sydslesvigsk Forening (1987-2003) und Vizepräsident der Föderation Europäischer Volksgruppen sowie Präsident der Gesellschaft für bedrohte Völker, feierte am 12.11. seinen 75. Geburtstag. Zahlreiche Gratulanten würdigten seinen Einsatz für die dänische Minderheit und für die großen Fortschritte bei der deutsch-dänischen Zusammenarbeit in seiner Amtszeit. Dabei wurde auch auf seine Rede bei der Feier zum 75. Jahrestag der Grenzziehung hingewiesen, in der er, durchaus zum Unmut anderer Vertreter der Minderheit wie Karl Otto Meyer, die Dauerhaftigkeit der Grenze nicht in Frage stellte (FLA 13.11., NOS 8.11.). Mit seinem verbindlichen und fairen Wirken habe er sich große Verdienste um die Öffnung der dänischen Minderheit gegenüber der deutschen Mehrheitsbevölkerung und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Minderheiten in Schleswig-Holstein erworben, hob Ministerpräsident Torsten Albig in seinem Gruß hervor (MLSH 12.11.).

Landwirtschaftsgeschichte
der Region

Carsten Porskrog Rasmussen

Det sønderjyske landbrugs historie
1544-1830Aabenraa: Historisk Samfund for Sønder-
jylland 2013. 624 S., durchgehend far-
big ill.

Mit dem vorliegenden gewichtigen Band findet ein ehrgeiziges und langjähriges Projekt seinen würdigen Abschluss, nämlich die vierbändige Geschichte der schleswigschen Landwirtschaft. Das eindrucksvoll mit vielen Karten und historischen wie neuen Abbildungen ausgestattete Buch ist in vier chronologische Hauptabschnitte gegliedert, nämlich über die Zeit bis 1625, die nicht nur die goldene Zeit der großen Güter, sondern überhaupt eine Zeit stetiger Entwicklung des Landes war; dann die Zeit der Kriegs- und Flutkatastrophen bis 1700, die Zeit einer wechselvollen Entwicklung bis 1770 und schließlich die folgende Reformperiode, beginnend mit den Verkoppelungen des Gemeinlandes, der Parzellierung vieler Großbetriebe und der Beginn des Anbaus damals in der Region noch unbekannter, heute kaum mehr wegzudenkender Pflanzen wie Kartoffel und Raps. Hinzu kommt ein Exkurs über die Form landwirtschaftlicher Gebäude in verschiedenen Teilregionen und die Entwicklung der Gerätschaften. Der Verfasser lässt kaum einen Aspekt der Landwirtschaftsgeschichte aus. Zahlreiche statistische Darstellungen veranschaulichen zusätzlich die auf gründlichen Quellenstudien basierende Abhand-

lung, die trotz der Vielfalt der Unterthemen niemals unübersichtlich wird.

Anlässlich dieser Neupublikation wurde auch der zweite Band über die Entwicklung der Landwirtschaft im Mittelalter (GFH 1/2004, S. 58 f.) überarbeitet und neu aufgelegt; gemeinsam mit dem Band über die Frühgeschichte (GFH 2/2001, S. 138) und jenem ab 1830 (Hans Schultz Hansen, GFH 1/1995, S. 58 f.) ist nun die komplette Reihe bei Historisk Samfund erhältlich. Aus deutscher Sicht wäre sehr zu wünschen, dass diese hervorragende Reihe den Anstoß dazu gibt, auch in Schleswig-Holstein (und darüber hinaus) größere Forschungsvorhaben zu diesem besonders wichtigen Thema in Gang zu bringen. Ebenso wie die drei anderen Bände bietet Carsten Porskrogs in jeder Hinsicht eindrucksvolles und empfehlenswertes Buch zur Landwirtschaftsgeschichte 1544-1830 zahllose Anknüpfungspunkte und Vorbilder, wie man die Erforschung und leserfreundliche Darstellung dieses so wichtigen historischen Teilgebietes anpackt.

g/s

Seefahrtsgeschichte
Schleswig-Holsteins

Jann Markus Witt

Seefahrtsgeschichte Schleswig-Holsteins
in der NeuzeitHeide: Boyens 2012. 348 S. Durchgehend
farbig und sw. ill. (Schriftenreihe der Deut-
schen Maritimen Akademie 2)

Mit dem vorliegenden großformatigen Buch hat der Eckernförder Historiker

Jann Markus Witt sich eines breiten und komplexen Themas angenommen, das im Land zwischen den Meeren seit jeher eine bedeutende Rolle spielt, nämlich der Seefahrt. Dabei stellt er die Entwicklung vom 16. Jahrhundert bis heute dar, nachdem die Zeit davor bereits von Dirk Meier in einem Band unter dem Titel „Land in Sicht“ behandelt worden ist. Witt greift sehr viele Aspekte der Seefahrt auf – manche in kleinen exkursiven Textboxen, die meisten jedoch im Fließtext. Dadurch wirkt das prinzipiell chronologisch aufgebaute Buch mitunter etwas unübersichtlich. Durch die Vielfalt der Themen von der Seekriegs- bis zur maritimen Sozialgeschichte bleibt das zudem ansprechend bebilderte Buch jedoch durchgehend interessant. Allerdings hätte man sich mehr grafische oder tabellarische Darstellungen zu einzelnen Entwicklungen sowie Karten gewünscht. Schwach ist hingegen, abgesehen vom Glossar über seemännische Begriffe, der Anhang mit einer sicherlich verbesserungswürdigen Zeitleiste zur Geschichte Schleswig-Holsteins und einem relativ knappen Literaturverzeichnis, aber ohne genaue Quellenverweise auf die vielen interessanten Zahlen- und Detailangaben im Text. Letzteres vermindert den Wert des Werkes leider ebenso wie das Fehlen eines Sach-, Orts- und Personenregisters, wodurch der Gebrauch als Nachschlagewerk bedeutend erschwert wird. Doch im Ganzen ist es erfreulich, dass es nun eine kompakte Darstellung der für die Region so wichtigen Seefahrtsgeschichte der letzten 500 Jahre gibt.

g/s

Geschichte des Landesteils Schleswig aus dänischer Perspektive

Lars N. Henningsen, René Rasmussen,
Martin Klatt, Jørgen Kühl

Sydslesvigs danske historie

Flensburg: Studiefdelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig 2013 (Dritte Ausgabe, Skrifter fra Studiefdelingen 68). 376 S., zahlreiche farbige und sw. Abb.

Bereits in einer dritten und revidierten Ausgabe liegt das Übersichtswerk über die dänische Geschichte des Landesteiles Schleswig nun vor. Die Verfasser Lars N. Henningsen, René Rasmussen, Martin Klatt und Jørgen Kühl beschreiben die Entwicklungen von den Anfängen im Mittelalter bis heute – und das ist fast wörtlich zu nehmen, denn die vorliegende Ausgabe widmet sich in ihrem letzten Abschnitt auch den ganz aktuellen Themen der dänischen Minderheit im Jahre 2012. Wie die Vorgängerausgaben bringt das Buch einen interessanten und fundierten Überblick über die Entwicklung des Landesteils aus dänischer Perspektive, wobei das Gewicht naturgemäß stärker auf der jüngeren Geschichte ab dem 19. Jahrhundert liegt, in der die Besonderheiten des deutsch-dänischen Gegen-, Neben- und Miteinanders zum Tragen kommen. Die deutsche Ausgabe des Werkes erschien im Jahre 2011 unter dem Titel „Zwischen Grenzkonflikt und Grenzfrieden. Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein in Geschichte und Gegenwart“ und umfasst 340 Seiten. Interessanterweise ist die dänische Ausgabe somit umfangreicher als die deutsche – obwohl deutsche Texte meist länger sind als dänische, selbst bei wortwörtlicher Übersetzung. So lässt sich

feststellen, dass in der dänischen Fassung diverse Unterabschnitte mehr zu finden sind als in der deutschen Version, besonders in den Kapiteln über den Zeitraum 1890-1930. Ob dies durch neue Forschungsergebnisse oder rein technische Überlegungen begründet wird, bleibt leider unklar. Im Vergleich zur deutschen Ausgabe von 2011 wurde das letzte Kapitel wesentlich erweitert. Hier geht es primär um die politische Auseinandersetzung der dänischen Minderheit mit der vorherigen Landesregierung. Auch die Diskussion zum Thema „Geschwisterregelung“ (Ausschluss aller Geschwister vom dänischen Schulbetrieb, wenn ein Kind auf eine deutsche Schule geht) wird aufgegriffen. Dabei stellt sich die Frage, ob die zeitliche Nähe nicht eine historische Würdigung der Entwicklungen in den Jahren 2011-12 bedeutend erschwert.

Andrea Graw-Teebken

Grenzlandpolitiker und Wirtschaftskapitän

Bert Becker

Michael Jebsen

Reeder und Politiker 1835-1899

Kiel: Verlag Ludwig 2013. 854 S.,
zahlreiche Abb.

Der Apenrader Reeder und zeitweilige nationalliberale Abgeordnete in Reichstag und preußischem Landtag war ohne Zweifel eine der schillerndsten Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Region im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts. Daher ist es sehr zu begrüßen, dass über Michael Jebsen, dessen Reederei bis heute existiert und nicht nur für Apenrade ein wichtiger Wirt-

schaftsbetrieb ist, nun eine wissenschaftlich fundierte Biographie vorliegt. Dafür hat der selbst in Hongkong, dem zweiten Hauptsitz der Reederei Jebsen, tätige Geschichtspräsident Bert Becker gründliche Quellenstudien an weit verstreuten Orten vorgenommen, wobei dem Apenrader Firmenarchiv eine besondere Rolle zukommt.

Man lasse sich von dem Umfang des Buches nicht schrecken: Das sinnvoll in die jeweils mit einem Fazit abgeschlossenen Kapitel über die Familie Jebsen, den Seemann, den Flottenmanager, den Reeder, den Parlamentarier und den (deutschen) Nordschleswiger Michael Jebsen gegliederte Buch liest sich ausgesprochen kurzweilig. Ausführliche Verzeichnisse über Personen (mit biografischen Angaben), Organisationen, Schiffe und Orte erleichtern den gezielten Zugang zu Teilaspekten. Insgesamt zeichnet Becker ein vielseitiges Bild dieses außergewöhnlichen Mannes, der viel für seine Stadt und den schon damals immer stärker globalisierten Seehandel getan hat, der aber auch eine entscheidende Stimme im Deutschen Verein für das nördliche Schleswig und eine der treibenden Kräfte beim Aufbau der nationalen Versammlungsstätte auf dem Knivsberg war. Obwohl ihm seine nationalpolitischen Gegner wie H.P. Hanssen trotz seiner klaren deutschen Standpunkte einen stets fairen Umgang mit ihnen bescheinigten, wurde die nach ihm benannte, erst in der Kaiserzeit angelegte Straße bald nach 1920 von der nun dänischen Verwaltung umbenannt; erst seit 2005 trägt der kleine Platz vor dem Firmensitz wieder offiziell Jebsens Namen. Es bleibt zu hoffen, dass diese interessante und gut gestaltete und illustrierte Biografie beiderseits der Grenze viele Leser findet, sind doch facettenreiche, gut fundierte Darstellungen über deutsch-nordschleswig-

sche historische Persönlichkeiten bisher nicht sehr häufig zu finden.

g/s

Verfolgung und Widerstand in Flensburg

Auf den Spuren von Verfolgung und
Widerstand in Flensburg 1933-1945
– eine Stadtwanderung

På sporene af forfølgelse og modstand
i Flensburg 1933 til 1945
– en byvandring

Herausgeber: Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes – Bund der Antifaschisten,
Kreisvereinigung Flensburg. Redaktion:
Ludwig Hecker. 2. Aufl., Flensburg
2013. 58 S., ill.

Die „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-
regimes“ (VVN) hat eine erneuerte Aus-
gabe der Stadtwanderung „Auf den Spu-
ren von Verfolgung und Widerstand“ in
Flensburg vorgelegt. Die von Ludwig He-
cker redigierte zweisprachige Broschüre
enthält vielfältige Informationen, auf deren
Basis die VVN Führungen anbietet. Ver-
mittler von Geschichte und interessierte
Leser können sich mit dem Heft aber auch
selbst orientieren.

Neunzehn Orte von Verfolgung und Wi-
derstand werden in Text und Bild vorge-
stellt und durch zusätzliche Quellen ver-
deutlicht. Es handelt sich im Wesentlichen
um Stationen in der Altstadt, aus denen
ein Lehrer – je nach Lerngruppe – aller-
dings eine Auswahl treffen müsste. Hin-
zu kommt u.a. das Mahnmal für die däne-
schen KZ-Opfer am Grenzübergang Har-
rislee/Padborg.

Die seit der Ausgabe von 1995 neu ge-
wonnenen Erkenntnisse der lokalen NS-
Forschung sind erfreulich weitgehend be-

rücksichtigt worden, nur die Widerstand-
stätigkeit der Zeugen Jehovas fehlt. Be-
sonders verdienstvoll ist das genaue
Festhalten der in Flensburg vorhande-
nen Formen des Gedenkens an die Geg-
ner und Opfer der nationalsozialistischen
Gewaltherrschaft: Gedenktafeln, Straß-
enschilder, Gedenksteine und Mahnmale.
Seit 2003 sind 23 „Stolpersteine“ hinzu-
gekommen, die vor der jeweils letzten frei
gewählten Wohnstätte von NS-Opfern an
deren Schicksal erinnern. Alle „Stolper-
steine“ sind im Heft abgebildet.

Nicht erfasst werden konnten zwei Denk-
mäler, die nach dem Erscheinen der Bro-
schüre eingeweiht wurden: Seit dem 1.
September 2013 erinnert nahe der ZOB-
Kreuzung eine Steinskulptur als zentrales
Denkmal der Stadt Flensburg an die Nazi-
Verbrechen. Und der 8. November 2013
war der Tag der Enthüllung eines Mahnmals
für die Opfer der Shoa auf dem jüdischen
Friedhof auf dem Friedenshügel. Insgesamt
kann die Broschüre nicht nur mit dem Kon-
zept des historischen Rundganges, son-
dern auch fachlich und als Überblick zur
Gedenkarbeit in Flensburg überzeugen.

Jens Christian Jacobsen

Luftangriffe auf Dänemark 1940-45

Henrik Skov Kristensen, Claus Kofod,
Frank Weber

Bomber over Danmark

Vestallierede luftangreb under
2. Verdenskrig

København: Nyt Nordisk Forlag Arnold
Busck 2012. 864 S., sw-ill.

Westalliierte Bomben über Dänemark
während des 2. Weltkrieges - da denken
viele vor allem an die Bombardierung des
Shellhauses, des Hauptquartiers der Ge-

stapo in der dänischen Hauptstadt, bei der versehentlich auch die benachbarte Französische Schule getroffen wurde. Dabei kamen über 100 Menschen ums Leben, darunter fast 90 Kinder. Nicht ganz so bekannt ist dagegen der irrtümliche Angriff der britischen Royal Air Force (RAF) auf die beiden norddalsischen Dörfer Holm und Dyvig im August 1942. Beide Fälle werden - neben vielen anderen Beispielen - in diesem umfangreichen Werk detailliert geschildert und dokumentiert.

„Bomber over Danmark“ ist die überarbeitete Neuauflage eines fast 25 Jahre alten Werkes, das die zahlreichen, zum Teil willkürlichen Bombenangriffe der RAF auf dänisches Territorium aufgreift. Neben den Berichten über die Angriffe erfährt der Leser u.a. auch den Hintergrund dafür, warum die Briten nach dem Ende des Ersten Weltkrieges so massiv auf Bombenflugzeuge als Teil ihrer Kriegsführung setzten. Es waren drei Autoren am Werk, und das wird während der Lektüre deutlich: Die Sprache ist in einigen Kapiteln etwas hölzern, während andere Teile fesselnde Augenzeugenberichte enthalten, die den Leser in ihren Bann ziehen. An dieser Stelle sei nur das Beispiel genannt, als ein RAF-Pilot nach dem Angriff auf Nordalsen nahe beim Hof eines deutschen Nordschleswigers unweit von Sonderburg notlandete und sich deutsch-dänische Gegensätze bei der Frage des Umgangs mit dem britischen Piloten Bahn brachen.

Die Autoren haben ein grundsolides Standardwerk geschaffen, dem wahrlich akribische Archivarbeit vorausgegangen ist. Die Detaildichte ist enorm. Diese neubearbeitete Studie über ein zentrales Thema aus der Zeit der Besetzung Dänemarks im Zweiten Weltkrieg ist absolut zu empfehlen.

Gese Friis Hansen, Kristian Jepsen Steg

Ann Merethe Albæk, Peter Dragsbo, May-Britt Rørmose Hansen, Anne Sofie Hartelius, Torben A. Vestergaard

Industrilandskabet omkring Danfoss

Broager: Museum Sønderjylland – Cathrinesminde Teglværk 2012. 160 S., durchgehend farbig und sw. ill.

(Cathrinesminde Teglværk – Årsskrift XXV)

Ann Merethe Albæk, Torben A. Vestergaard, Lieselotte Eick-Rühmann

Industrilandskabet omkring Cathrinesminde Teglværk

Broager: Museum Sønderjylland – Cathrinesminde Teglværk 2013. 92 S., durchgehend farbig und sw. ill.

(Cathrinesminde Teglværk – Årsskrift XXVI)

2007 wurden 25 Stätten in Dänemark zu Industrielandschaftsdenkmälern von nationaler Bedeutung ernannt. Zwei davon liegen in Nordschleswig, nämlich der Kernbereich des Danfoss-Konzerns in Hagenberg auf Alsen und das Gebiet der noch museal erhaltenen Ziegelei Cathrinesminde im Broackerland an der Flensburger Förde. Die beiden vorliegenden Schriften sind Resultate der vielen Erfassungsarbeiten, die seither an beiden Denkmalorten vorgenommen worden sind. So sind von der 1968 stillgelegten Ziegelei noch die meisten Gebäude erhalten, von den acht früher verschwundenen Nachbarbetrieben jedoch meist nur noch Spuren in der Landschaft. Gerade diese sollen erhalten und sichtbar bleiben, um zu bezeugen, dass sich hier in dieser Landschaft einst eine bedeutende, auf vor Ort vorhandenen Rohstoffe basierende Industrie befand.

Anders ist die Lage auf Alsen, wo es kei-

ne Rohstoffe für die Produktion gab und gibt und wo sich der Danfoss-Konzern die Industrielandschaft von immer neuen Produktionsstätten bis hin zu Wohnstätten für die Mitarbeiter erst schaffen musste. Auch diese Entwicklungsgeschichte von einem kleinen Erfinderbetrieb auf dem (noch erhaltenen) elterlichen Hof des Gründers bis zur Zentrale eines Weltkonzerns soll auch in Zukunft sichtbar bleiben. Dabei schildert der Bericht auch ausführlich die eher vorstädtisch anmutenden Wohnblock- und Einfamilienhaussiedlungen, die sich in den Nachbardörfern entwickelt haben. Beide Berichte sind umfassend illustriert und zeigen auf, was für ein kulturgeschichtlich interessantes Potenzial in diesen beiden auf den ersten Blick eher unscheinbaren ländlichen Industrielandschaften steckt. Die beiden Schriften sind daher auch ein guter Reiseführer für den Besuch dieser alltäglichen und doch ungewöhnlichen Kulturstätten.

g/s

Integration durch Sport

Sine Agergaard, Hans Bonde (Red.)

Integration gennem kroppen

Idræt, etnicitet og velfærdspolitik

København: Københavns Universitet/Museum Tusulanums Forlag 2013. 223 S., ill. (Migration & Integration, 5)

Der in der Reihe „Migration & Integration“ an der Universität Kopenhagen erschienene Sammelband „Integration gennem kroppen. Idræt, etnicitet og velfærdspolitik“ („Integration durch den Körper. Sport, Ethnizität und Sozialpolitik“) ist eine Aufsatzsammlung mit historischen, soziologischen, ethnografischen, pädagogischen, linguistischen und sportwissenschaftli-

chen Blicken auf die Rolle des Sportes für die Integration von nationalen und immigrierten Minderheitengruppen in Dänemark. Für Interessierte am deutsch-dänischen Grenzland ist besonders der Artikel „Idræt og det tyske mindretal i Sønderjylland. Integration eller gensidig tilpasning?“ („Sport und die deutsche Minderheit in Nordschleswig. Integration oder gegenseitige Anpassung?“) relevant (S. 37-60). Der Autor, Jørn Hansen, Professor an der Syddansk Universitet Odense, untersucht die Geschichte der deutschen Sport- und Jugendvereine in Nordschleswig, ihr Verhältnis zur dänischen Mehrheit sowie deren Vereine und Dachorganisationen. Er beschreibt die im Laufe der Zeit von 1920 bis heute veränderte Beziehung der Gruppen zueinander und kommt zu dem Schluss, dass es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine stetige beidseitige Annäherung von deutscher Minderheit und dänischer Mehrheit und ihrer jeweiligen Sportvereine gegeben hat. Hansen betont, dass es sich bei dieser Entwicklung nicht um einen einseitigen Integrations-, sondern um einen gegenseitigen Anpassungsprozess durch Änderungen von Einstellungen zueinander handelt.

Levke Bittlinger

Minderheitenleben 2009/10

Anna Buck, Lena Bonhoff, Ruth Clausen, René Rasmussen

Auf den Spuren des Minderheitenlebens
På sporet af Mindretalslivet 2009-10

Redaktion: Peter Dragsbo. Sønderborg: Museum Sønderjylland – Sønderborg Slot 2012. 223 S./183 S., ill., inkl. DVD

Im Rahmen des grenzüberschreitenden Projektes Minderheitenleben entstand

die kostenlose Veröffentlichung „Auf den Spuren des Minderheitenlebens“ in einer deutschen und einer dänischen Version. Sie ist das Ergebnis der beiden Teilprojekte „Dokumentation“ der Ethnologin Anna Buck und des Fotografen Roald Christesen (Filmszenen auf der beigelegten DVD) und „Einsammlung“ des Historikers René Rasmussen und der Museologin Ruth Clausen. Inhaltlich geht es um das gegenwärtige Leben der deutschen Minderheit in Nord- und der dänischen Minderheit in Südschleswig. Dazu wurden Alltags- und Festveranstaltungen der beiden Minderheiten ein Jahr lang begleitet, beobachtet, gefilmt. Auch Interviews mit den beteiligten Akteuren wurden geführt und Gegenstände der Minderheiten aus der jüngsten Vergangenheit gesammelt.

Herausgekommen ist eine Momentaufnahme, die das Leben in allen Generationen und die gegenseitige Beeinflussung von vermeintlich Deutschem und Dänischem darstellen möchte. Sie beginnt mit einer Chronologie durch das Jahr, behandelt das Thema Identität anhand von Beispielen und präsentiert am Ende die einzelnen Minderheitenorganisationen. Ein etwas unübersichtliches Inhaltsverzeichnis, teilweise fehlende Personen- und Ortsangaben sowie die Verwendung einer diskriminierenden Bezeichnung für „Schaumkuss“ fallen nachteilig auf. Auch ein Register wäre hilfreich gewesen.

Levke Bittlinger

Aha-Erlebnisse mit dem Friesischen

Antje Arfsten, Thomas Steensen,
Wendy Vanselow

Die Friesen verstehen

Das kleine Handbuch für Nordfriesland

Hamburg: Ellert & Richter Verlag 2013.
240 S., farbig ill.

Dass das Friesische eine eigenständige Sprache ist und kein norddeutscher Dialekt, ist vielen Zeitgenossen immer noch nicht bewusst. Um die Kenntnisse über die Existenz und die Besonderheiten des Friesischen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, erschien seit den Sommermonaten auf der Schleswig-Holstein-Seite der Zeitungen des sh:z eine Rubrik „Die Friesen verstehen“, in der täglich die Bedeutung eines Begriffes aus der friesischen Sprache bzw. der Kultur der Westküste aus vier Möglichkeiten erraten werden sollte. Diese 134 kleinen Rätsel sind inzwischen auch als Taschenbuch erschienen. Bei vielen friesischen Wörtern wird man die Verwandtschaft zu einer der Nachbarsprachen erkennen (aber nicht immer auf den ersten Blick), viele andere zeugen hingegen von einer sehr eigenständigen Entwicklung des Friesischen. Hinzu kommt die dialektale Vielfalt, der ebenfalls Rechnung getragen ist und die selbst bei manchen Begriffen des Alltags immer wieder verblüfft. Ergänzt wird das Buch durch farbige Fotografien, einzelne Cartoons von Kim Schmidt und kurzen Sachbeiträgen zu Aspekten der friesischen Kultur. Bemerkenswert ist allerdings, dass man ausgerechnet bei der Darstellung der kulturhistorisch so wichtigen Ortsnamen auf die Nennung der friesischen Fassungen verzichtet hat (S. 150-152). Mit diesem unterhaltsamen Buch und der zugehörigen Zeitungsserie, die viele Aha-Erlebnisse bieten, gelingt es den Mitarbeitern des Nordfriisk Instituut hoffentlich, auch viele Menschen anzusprechen, die vom Friesischen bisher überhaupt nichts gewusst haben und auch nichts wissen wollten.

g/s

Levke Bittlinger, M.A.
Postfach 14 08
37004 Göttingen

Gese Friis Hansen, cand.mag.
Koldkrigsmuseum Langelandsfort
Vognsbjergvej 4 b
DK-5935 Bagenkop

Andrea Graw-Teebken, ph.d.
Engelsbyer Straße 26
24943 Flensburg

Jens Christian Jacobsen
Marienhof 15
24939 Flensburg

Dr. Jörn-Peter Leppien
Libellenring 15
24955 Harrislee

Dr. Tove H. Malloy
European Centre for
Minority Issues (ECMI)
Schiffbrücke 12
24939 Flensburg

Gerret Liebing Schlaber, ph. d.
Tækkerløkke 26
DK-6200 Aabenraa

Renate Schnack
Goldland 10
25923 Braderup

Kristian Jepsen Steg,
Lektor, cand.mag.
Midtfyns Gymnasium
Holmehøjvej 4
DK-5750 Ringe

Anke Spoorendonk
Ministerium für Justiz,
Kultur und Europa
des Landes Schleswig-Holstein
Lorentzendam 35
24103 Kiel

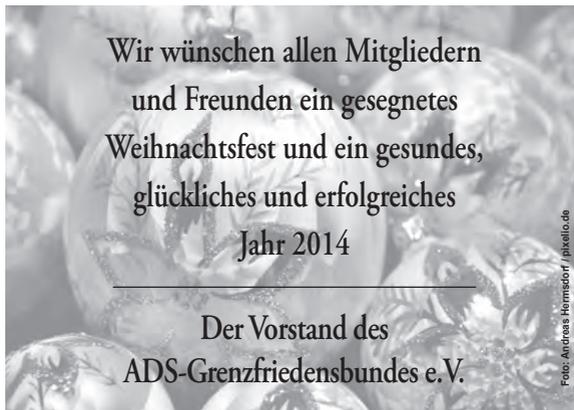
Vorwort, Abb. S. 228: ADS-Grenzfriedensbund. Foto: Christine Ehmsen, 2012

Renate Schnack / Anke Spoorendonk, 10. Dialog ADS-Grenzfriedensbund. Düppel 2014 – Begegnungen in der Grenzregion gestern, heute und morgen Abb. 1: ADS-Grenzfriedensbund. Foto: Albrecht von Hessberg, 2001 (Grenzfriedenshefte 4/2001, S. 281); Abb. 2 u. 3: ADS-Grenzfriedensbund. Fotos: Ingrid Schumann, 2013

Jörn-Peter Leppien, „Der Preis ist Ströme Blutes wert“. Bemerkungen zu den Bestsellern von Tom Buk-Swienty über den Krieg 1864 Abb. 1 u. 2: Verlag Gyldendal, København; Abb. 3: The Illustrated London News, 7.5.1864 (GFH 1/1989, S. 19); Abb. 4: Tom Buk-Swienty, 1864 i billeder, S. 75; Abb. 5: Die Gartenlaube, Jg. 1864, S. 221 (GFH 1/2012, S. 17)

Tove H. Malloy, Die Bedeutung von Minderheiten in Europa. Rahmenbedingungen für staatliches Handeln Abb. 1 u. 2: European Centre for Minority Issues (ECMI), 2013

Levke Bittlinger, Nationale Minderheiten und Grenzregionen. ECMI Summer School 2013 in Flensburg Abb. S. 269: European Centre for Minority Issues (ECMI), 2013



Postvertriebsstück

C 3340 F

Entgelt bezahlt

ADS-Grenzfriedensbund e. V.

Marienkirchhof 6 • 24937 Flensburg

ISSN 1867-1853